Protokoll

der 24. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 27. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP); René Brigger (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Lea Wirz (GAB); Daniela Stumpf Rutschmann (SVP); Brigitte Kühne (GLP); Salome Bessenich (SP); André Auderset (LDP); Beat Braun-Gallacchi (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Traktandum 1 2
9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 2
6. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 14

Beginn der 24. Sitzung

Donnerstag, 27. Juni 2024, 15:00 Uhr

1. Traktandum 1

[27.06.24 15:00:04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Ehemalige, die zahlreich hier hinten im Saal sind, mit Freude habe ich Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Verabschiedungen von Margrit Rünzi

Es war am 2. Februar 2005, dass der damalige Grossratspräsident Bruno Mazzotti die neue Gerantin für das Grossratskäfeli vorgestellt hat. Heute heisst es nach fast 20 Jahren Abschied nehmen. Margrit Rünzi ist uns ans Herz gewachsen und es ist uns entsprechend wichtig, sie gebührend zu verabschieden. Ich sage, was wir ihr übergeben, das ist zum einen einen Blumenstrauss, das mache ich nachher eigenhändig, wir haben auch Gutscheine für ein gutes Essen in guter Gesellschaft, die sind oben auf dieser Schatzkiste, und wir haben diese Schatzkiste selber, da sind ganz viele persönliche Botschaften drin. Die haben wir fleissig gesammelt, es wurden jetzt in den letzten Minuten auch noch einige mehr, ich schätze es sind weit über 80. Von noch mehr Menschen, weil teilweise mehrere Leute eine Karte geschrieben haben. Liebe Margrit, du musst selber entscheiden, ob du all diese Nachrichten aufs Mal lesen willst oder vielleicht eine pro Tag, eine pro Woche, eine pro Monat. Ich weiss, es ist auch ein bisschen eine Überforderung, wir erwarten also nicht, dass du uns allen zurückschreibst. Du darfst sie einfach lesen und für dich behalten.

Aber nimmt sie doch als Zeugnis unserer grossen Wertschätzung und Dankbarkeit für deinen langen Einsatz. Wir sind froh, dass wir mit dir diese Zeit verbringen durften und wünschen von Herzen alles Gute für die weitere Zeit. Danke Margrit. [Applaus]

Rünzi Margrit: Ich kann fast nicht sprechen. Für eure Treue, für eure Begleitung, auch meinerseits, ich hatte fast 20 schöne Jahre mit euch zusammen. Ich habe es genossen und gehe eigentlich ungern und doch freut es mich. Ganz herzlichen Dank für alle Geschenke, das ist sehr lieb und grosszügig. Und ich mag euch alle von Herzen. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es hat auch noch einen zweiten Blumenstrauss aus dem Kreise des Rates und auch noch ein Säckli, das gar nicht Platz hatte in der Schatzkiste.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Muttenz mit einer uns bestens bekannten Lehrerin. Vielleicht haben Sie sie schon erkannt, es ist Marianne Hazenkamp. Sie sind im Rahmen der Wahlwoche Ethik in Politik und Wissenschaft bei uns, was uns freut. Herzlich willkommen und spannende Einblick.

9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[27.06.24 15:05:33, 22.0859.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Beratung von Traktandum 9. Teilrevision der Verfassung, Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Wir sind stehen geblieben bei den Einzelvoten und da ist der nächste Sprecher Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen, der im Bericht der Kommissionsminderheit steht, und jetzt auch noch hier vom Sprecher der Kommissionsminderheit nochmals wiederholt wurde. Es steht dort, dass 1910 die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Basel-Stadt 37,6 Prozent betragen habe und dass das rund 51'000 Menschen sind. So weit, so gut. Der anschliessende Rückgang der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz wird dann auch auf Einbürgerungen zurückgeführt und dies insinuiert dann auch, dass Einbürgerungen quasi damals das Mittel gewesen seien, um den Anteil der Ausländerinnen und Ausländer im Kanton zu reduzieren. Dass quasi damals die Ausländer*innen die Guten waren, die sich einbürgern liessen, heute die Ausländerinnen und Ausländer dies nicht tun würden. Das ist natürlich grundlegend falsch und muss hier korrigiert werden.

Die ausländische Wohnbevölkerung in den Jahren um 1910 bestand hauptsächlich aus Menschen aus den Staaten Italien, Frankreich und Deutschland. In Basel waren es vor allem Menschen aus Deutschland, in Genf vor allem Menschen aus Frankreich. Im Verlauf Ende des 19. Jahrhunderts, Anfang des 20. Jahrhunderts kamen Menschen aus Italien dazu, die immer einen grösseren Anteil ausmachten, und dann kam das Jahr vor 110 Jahren, 1914, und dann waren plötzlich fast alle weg. Das waren nämlich vor allem werktätige Menschen und diese werktätigen Menschen waren vor allem werktätige Männer und die wurden 1914 eingezogen, wurden mobilisiert, ob freiwillig oder nicht und deswegen reduzierte sich der Ausländerinnen- und Ausländeranteil, aber vor allem der Ausländeranteil signifikant nach dem Jahr 1914. Es wurde einfach 1910 das letzte Mal erfasst.

Dass das nun hier wie gebraucht wird, um irgendwelche Einbürgerungen, die sicher wichtig sind, zu rechtfertigen, ist falsch. Und man muss dazu auch noch sehen, dass sowohl von der konservativen Seite als auch vom Bundesrat in der Folge das Ausländergesetz auch immer wie schärfer wurde. Ab dem Jahr 1917 wurde die BV angepasst, es wurden Verordnungen angepasst, es kam der Begriff Überfremdung auf, wohlgemerkt, obwohl es damals fast keine Ausländer mehr in der Schweiz gab während des Krieges, und so hat sich der Ausländeranteil eigentlich innerhalb von 20 Jahren auf fünf Prozent gesamtschweizerisch jetzt gesenkt.

Ich bitte Sie, das in Erwägung zu ziehen bei Ihren weiteren Ausführungen während der Kampagne.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste auf der Liste von heute Morgen war Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Sie haben es vielleicht schon gemerkt, ich bin ein glühender Verfechter von guter Sprache, denn Sprache ist das A und O unserer Gesellschaft, Sprache ist das Fundament unserer Zivilisation, unserer Gesellschaft, unseres Zusammenlebens und unserer Demokratie. Deshalb möchte ich mich in meinem Votum noch einmal ganz konkret über die sprachlichen Anforderungen äussern, die ja heute Morgen auch schon erwähnt worden sind, und gleichzeitig Kollega Mahir Kabakci die Antwort geben, beweisen, dass seine Antwort, dass Leute mit diesen Minimalanforderungen, komplexe Stimmbüchleins, Abstimmungsunterlagen verstehen würden, einfach schlicht falsch ist.

Diese sprachlichen Anforderungen, das A1, A2, das Sie gehört haben, das ist im gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen beschrieben. Schriftliche Sprachkompetenz A1, mündliche A2, A wird definiert als elementare Sprachverwendung. A1, Anfänger kann vertraute, alltägliche Ausdrücke und ganz einfache Sätze verstehen, kann sich auf einfache Art verständigen, wenn die Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind, zu helfen. Auf das schriftliche umgelegt bedeutet das, jemand mit diesem Sprachniveau, das ja nach vielen von Ihnen ausreichend sei, um Abstimmungsunterlagen zu lesen, soll jemand das tun können, wenn der, der das geschrieben hat, ihm zur Seite steht, die Sätze einfach geschrieben sind. Also Sie geben sich zufrieden mit einem Leseverständnis, für welches das Lesen von Feriengrüssen auf einer Postkarte schon eine Herausforderung sind. Und ich behaupte einfach, und da richte ich mich auch an Hanna Bay, die Abstimmungsunterlagen sind doch wesentlich komplexer als Feriengrösse auf einer Postkarte.

Die mündliche Kompetenz A2, das ist definiert als grundlegende Kenntnisse, kann Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke verstehen, die in Bereichen von ganz unmittelbarer Bedeutung sind oder kann sich in einfachen routinemässigen Situationen verständigen, in denen es um einen einfachen und direkten Austausch über vertraute und geläufige Dinge geht. Also für mündlich A2, jemand kann verstehen und darüber reden, wer er ist oder wer seine Familie ist, Fragen diskutieren, mit denen er einen ganz direkten Bezug hat. Und das wissen Sie auch, ich glaube, das streitet niemand ab, dass diese Abstimmungsunterlagen nicht immer einen direkten Bezug zu uns als Person haben, sondern zumindest anfänglich einen abstrakten Charakter haben, und unser schweizerisches Demokratiesystem hängt ganz entschieden und davon ab, dass wir verstehen, was da gefragt wird. Es ist meines Erachtens, das ist jetzt meine persönliche Meinung, das beste System der Welt. Ich will da nicht tiefer darauf eingehen, es ist aber ganz sicher das anspruchsvollste.

Wir gehen mehrere Male im Jahr, drei, vier Mal im Jahr an die Urne und es ist wichtig, dass die Bevölkerung weiss, über was sie abstimmen, und wir als Politiker, Sie hier drinnen, wir alle sind verantwortlich dafür, dass auch zukünftige Generationen dieses gute System noch geniessen können. Und deshalb alleine schon, diese absolut minimalsten Sprachanforderungen, die Sie darstellen, verbieten es, dass wir auf dieses Geschäft überhaupt eintreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mahir Kabakci möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): Beat Schaller, ist Ihnen bewusst, dass das die Mindestanforderung ist und die meisten Menschen, die hier auf die Welt gekommen sind, hier leben, ihren Mittelpunkt hier haben, und das ist die Mindestanforderung und die meisten können mehr als nur eine Ferienpostkarte lesen?

Beat K. Schaller (SVP): Das ist mir sehr wohl bewusst, deshalb habe ich diese Sätze in sehr einfachen Worten und Formulierungen gebracht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Demokratie ist kein knappes Gut. Je mehr Menschen an einer Gemeinschaft Teil haben und mitgestalten können, desto stärker wird sie. Im Jahr 1966 stimmte der Kanton Basel-Stadt dem Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene als erster Deutschschweizer Kanton zu und erst im Jahr 1971 haben wir schweizweit das Frauenstimmrecht eingeführt. Ein grosses Demokratiedefizit wurde damit behoben. Der Blick auf diese historische Errungenschaft ist wichtig, um sich die Frage zu stellen, wer ist heute noch von der Schweizer Demokratie ausgeschlossen.

Im Kanton Basel-Stadt, das haben wir mehrmals gehört, dürfen 38 Prozent der Bevölkerung nicht politisch teilnehmen und mitbestimmen. Drei Viertel von ihnen sind in der Schweiz geboren und leben seit mehr als zehn Jahren im Kanton und sprechen hervorragend Deutsch. Rund 80’000 Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit sind somit von den demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Diese Menschen leben seit vielen Jahren in Basel, arbeiten, viele in systemrelevanten Berufen, sie tragen zum materiellen und immateriellen Wohlstand des Kantons bei und ja, zahlen Steuern, tragen aktiv zum gesellschaftlichen Leben bei und sie haben die gleichen Pflichten wie alle anderen in diesem Land. Politische Rechte aber haben Sie keine.

Heute spreche ich nicht als Soziologin oder als Migrationsforscherin zu Ihnen, sondern als Betroffene. Auch mir blieben politische Rechte als Frau italienischer Herkunft verwehrt, obwohl ich in Basel geboren wurde, hier zur Schule ging, an der Uni studierte und Teilzeit arbeitete, um ein Studium zu finanzieren. Im Alter von 23 Jahren wurde ich eingebürgert. Jahrelang habe ich dafür gespart. Heute darf ich mitbestimmen und bin gewählte Grossrätin, im Gegensatz zu vielen anderen Migrierten, die auch in der Schweiz geboren wurden. Ich hatte Glück, denn ich musste weder meinen Wohnort wechseln und somit den Warteprozess für die Einbürgerung erneut anfangen noch musste ich meine erste Staatsbürgerschaft abgeben. Somit sind mir viele Hürden auf dem Weg zur Einbürgerung erspart geblieben.

Für viele andere Menschen sieht die Realität anders aus. Eine aktuelle Studie der eidgenössischen Migrationskommission zeigt, dass seit der Einführung des neuen Bürgerrechtsgesetzes im Jahr 2018 die ordentliche Einbürgerung selektiver geworden ist. Der Anteil von Hochqualifizierten ist markant angestiegen und die Zahl wenig qualifizierter und schlecht situierter Personen ist deutlich zurückgegangen. Hierzu habe ich übrigens auch schon einen politischen Vorstoss eingereicht.

Meine Mutter kam 1964 aus einem süditalienischen Dorf in die Schweiz alleine, wo sie meinen norditalienischen Vater kennenlernte. Sie lebt hier seit 60 Jahren ohne Schweizer Pass. Auch sie ist von den hohen Einbürgerungshürden betroffen. Zunächst stellten die hohen Kosten für die Einbürgerung sowie die erheblichen bürokratischen Hürden ein Hindernis dar, später ihre Sprachkenntnisse. Diese Hürden zu bewältigen, ist für wenig qualifizierte Migrierten aus der Arbeiter*innenschicht, also für Menschen, die ihr Leben lang als Reinigungskraft oder auf dem Bau gearbeitet haben, eine grosse Herausforderung. Für sie ist es schwieriger, sich die erforderlichen schriftlichen und mündlichen Sprachkenntnisse anzueignen, weshalb auch meine Mutter bis heute von der politischen Teilhabe ausgeschlossen ist.

Erlauben Sie mir diese Bemerkung. Die Bedeutung der Sprache, um an der Gesellschaft teilzunehmen, soll nicht in Abrede gestellt werden. Doch die Mehrheitssprache darf auch nicht als Machtinstrument benutzt werden. Politische Partizipation für möglichst alle Erwachsenen in einem Staat ist ein Indiz, wenn es darum geht, die Qualität einer Demokratie zu bemessen. Der fehlende Zugang zu politischen Rechten für Migrierte in Kombination mit einer restriktiven Einbürgerungspolitik beeinträchtigt auf lange Sicht die Qualität der demokratischen Ordnung in der Schweiz. Die Verleihung politischer Rechte an Basler Einwohner*innen mit einer Niederlassungsbewilligung C macht sie als Zuschauenden zu aktiv Beteiligten an der Demokratie.

Schreiben wir heute Geschichte, malen wir die Vision einer gemeinsamen Zukunft in einer modernen und starken Demokratie. Sagen Sie Ja zum Einwohner*innenstimmrecht auf kantonaler Ebene in Basel. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der JSSK-Mehrheit zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von Seiten EVP unterstützen wir die Einführung des Ausländerstimmrechts nicht. Das Schweizer Bürgerrecht soll Voraussetzung bleiben, das haben wir auch im aktuellen Grundlagenpapier der EVP Basel-Stadt festgehalten. Aber die Hürde für Einbürgerungen darf nicht zu hoch sein. Wir sind offen für Diskussionen im Blick auf die Vereinfachung und Erleichterung der Einbürgerung.

Für die aktuelle Diskussion ist auch die Wehrpflicht ein Thema. Männer mit Migrationshintergrund, die sich einbürgern lassen, müssen je nach Alter Militärdienst leisten. Wenn ausländische Einwohner das Stimmrecht ohne Einbürgerung und damit ohne Verpflichtung zum Militärdienst erhalten würden, wäre das eine Bevorzugung. Das ist so eines der Themen, das bei uns kam, auch neben dem Sprachthema, aber das möchte ich jetzt nicht mehr ausführen.

Wir sind, wie gesagt, offen für Diskussionen im Blick auf die Erleichterung der Einbürgerung, wie zum Beispiel jene, die heute Morgen David Jenny in der Beantwortung der Zwischenfrage genannt hat. Wer sich noch nicht einbürgern lassen kann oder will, kann andere Mitwirkungsformen nutzen. Wir denken dabei insbesondere an die Session für Migrantinnen und Migranten beider Basel sowie an die Mitwirkung bei Prozessen zu Quartierentwicklungen oder auch an Vernehmlassungsverfahren.

Von Seiten der EVP bitte ich Sie, auf das Geschäft nicht einzutreten und falls Eintreten beschlossen wird, empfehlen wir die vorgeschlagenen Änderungen der Verfassung des Kantons Basel-Stadt abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Meine letzte Rede vor der parlamentarischen Sommerpause. Ich muss auch mein Bündeli packen, darum habe ich mich in der Mittagspause als Musterschüler gut vorbereitet. Ich habe vorher meine Anträge vergessen. Ich beantrage Rückweisung an die Kommission und ich beantrage Nichteintreten. Ich finde es sehr schade, dass wir wieder einmal keine Diskussion führen.

Ich nehme Bezug auf meine Vorredner. Pauschal möchte ich an meine Vorredner zusammengefasst sagen, bevor ich nachher ins Detail gehe, die meisten fordern etwas, das Ausländerwahlrecht, aber es wird nicht erklärt, was der Vorteil für uns eingesessene Schweizer wäre. Auch wenn ich ein Papierschweizer bin, habe ich das Recht, das hier vorne zu sagen. Blickt man zurück, was meine Vorredner gemacht haben, keiner gibt etwas freiwillig ab von der Macht, das ist ganz normal. Ich komme jetzt zu diesen Vorrednern. Die haben gesagt, sie wollen das Ausländerwahlrecht, aber es hat an der Wahlurne keine Chance. Es ist eine Zwängerei, wenn das schon zwei Mal an der Wahlurne abgelehnt wurde und von der Bevölkerung versenkt wurde. Es kommt bei der Bevölkerung gar nicht gut an.

Zur Vorrednerin Edibe Gölgeli. Sie haben einen historischen Diskurs gemacht, Sie haben gesagt, die Juden waren früher ausgeschlossen, usw. Sie haben gesagt, früher hat man nur im Grossen Rat sein dürfen, wenn man in einer Zunft gewesen ist, wenn man Vermögen gehabt hat, das stimmt. Aber Edibe Gölgeli, ich muss Ihnen einfach sagen, das sind gewisse Hürden, die man einfach eingebaut hat, dass nicht jeder Mensch in der Politik tätig sein kann und diese Hürden, die haben wir einfach auch in den Genen von unserer einheimischen Bevölkerung und das ist noch vorhanden.

Nicola Goepfert hat gesagt, wir haben ein Demokratiedefizit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das halte ich für sehr problematisch, das auf die Gene zu beziehen. Bitte unterlassen Sie das.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe das nicht überlegt, danke für den Hinweis. Ich wollte einfach sagen, wir wollen unsere Rechte verteidigen und das steht in der Zeitung, wir haben das Recht, dass wir unsere Rechte hier verteidigen.

Nicola Goepfert hat gesagt, wir haben ein Demokratiedefizit. Nicola Goepfert, ich muss Ihnen ganz freundlich widersprechen, die Abstimmung Ende November wird etwas anderes sagen. Wir haben die Abstimmung Ende November mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Nicola Goepfert, Sie haben gesagt, 38 Prozent der Bevölkerung sind ausgeschlossen. Ich möchte Ihnen etwas sagen, ich bin Presse-Mitarbeiter gewesen in Abu Dhabi und dort sind 98 Prozent der Bevölkerung ausgeschlossen und in Abu Dhabi habe ich nur glückliche Menschen getroffen. Die Leute sind glücklich, sie brauchen kein Wahlrecht.

Hanna Bay von den Sozialdemokraten. Sie hat gesagt, sie sollten ein Teil der Gesellschaft sein, es sei zynisch. Hanna Bay, ich spreche jetzt nicht über die Kriminalstatistik, aber es ist so, ich überspringe jetzt das, weil es ein bisschen heikel ist. Es ist einfach ein Thema, das die Leute bewegt.

Bevor ich Ihnen schöne Sommerferien wünsche, in der Abstimmung haben Sie keine Chance und ich muss dann wieder erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ebenfalls schöne Sommerferien, vielen Dank. Nächster Sprecher ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Wir haben heute mehrfach von einem angeblichen Demokratiedefizit gehört, sogar von einem erheblichen Demokratiedefizit. Das scheint mir in Anbetracht der direkten Demokratie in der Schweiz eher ein unpassender Vorwurf zu sein. Dies gilt umso mehr, als eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer ja sofort an dieser direkten Demokratie partizipieren können. Ein Vergleich mit Schweden und Belgien ist deswegen eher fehl am Platz, da darf man alle vier Jahre an Parlamentswahlen teilnehmen.

Nun gut, es ist auch von Ungerechtigkeiten gesprochen worden von Nachbarn, von Freunden und Bekannten, die nicht wählen und stimmen dürften. Nun, die Ungerechtigkeit wird nun mit dieser Vorlage geschaffen. Sie schaffen ein Zweiklassensystem. Es wird nun, falls diese Vorlage durchkäme, Personen geben, die das Schweizer Bürgerrecht haben, das aktive und passive Wahlrecht, und die anderen, die nur aktiv wählen dürfen. Eine eklatante Ungerechtigkeit wollen Sie da herstellen. Natürlich steht der Vorwurf im Raum, dass man das scheibchenartig dann später bringen will, aber jetzt haben wir diese, das ist eine eklatante Ungerechtigkeit, dass man hier wie im Feudalzeitalter zwei Klassen schafft.

Nun vielleicht noch ein weiterer Aspekt. Jetzt soll die Stimm- und Wahlberechtigung an die Niederlassungsbewilligung gekoppelt werden. Auch das erstaunt und passt eigentlich zum Thema Demokratiedefizit. Die Niederlassungsbewilligung ist ein Verwaltungsakt. Im Gegensatz dazu sind die Bürgergemeinden demokratisch gewählt. Über einen Verwaltungsakt entscheidet ein Beamter oder auch eine Beamtin, und zwar nach Gesetz und Verwaltungsermessen. Dies führt wiederum so einer Ungerechtigkeit, zu einer Ungleichheit, die Sie mit dieser Vorlage einführen. Die Niederlassungsbewilligung wird nicht nach Ablauf der gleichen Zeit an alle Leute verteilt. Es gibt fünf Jahre, es gibt zehn Jahre, es kann auch länger sein, wenn jemand eine Voraussetzung nicht erfüllt. Diesen Unterschied nehmen Sie einfach hin?

Was ist übrigens, wenn das Migrationsamt, das ja dann zuständig wird für das Stimm- und Wahlrecht, die C-Bewilligung wiederruft? Oder sie kann seit einiger Zeit auch eine Rückstufung machen, jemand hat die Niederlassungsbewilligung, hat irgend Schulden oder was weiss ich und dann kann man als mildere Massnahmen, anstatt die Leute auszuweisen, eine Rückstufung vornehmen. Ja und durch diese Rückstufung, die die Verwaltung vornimmt, verliert dann wieder jemand sein Stimmrecht. Eine für mich haltlose Situation. Was wollen Sie eigentlich mit den vorläufig Aufgenommen machen, die schon ganz lange unsere Nachbarn sind, unsere Freunde im Sport, in der Musik, die bekommen es dann auch nicht?

Sie sehen, mit dieser Vorlage wird ein Demokratiedefizit eingeführt. Eine Zweiteilung der Wählerschaft, des Elektorats und eine Delegation an das Migrationsamt, nichts gegen das Migrationsamt, aber weg von einer demokratisch gewählten Behörde zur Verwaltung, zum Migrationsamt. Deswegen kann diesem Vorschlag nicht gefolgt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Stefan Suter, nehmen Sie die Zwischenfragen von Edibe Gölgeli und Lisa Mathys an? Sie werden angenommen. Zuerst Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Stefan Suter, diese haltlose Situation, die gibt es ja im Kanton Neuenburg und Jura gemäss Ihrer Auflistung. Was denken Sie, was machen die dann falsch? Die kennen das schon seit über Jahren.

Stefan Suter (SVP): Ich glaube, ich habe mich deutlich geäussert. Ich finde es falsch, wenn der Entscheid von einer demokratischen Behörde weggenommen wird zu einem reinen Verwaltungsakt.

Lisa Mathys (SP): Sie haben ja die Unterscheidung gemacht zwischen dem Verwaltungsakt und dem Entscheid des demokratischen Gremiums Legitimierten. Ist denn die Geburt als Schweizer*in ein Verwaltungsakt oder ein demokratisches Gremium, das passiert?

Stefan Suter (SVP): Das ist es eben beides nicht. Es geht hier ja um die Einbürgerungen, nicht um die Geburt. Wer soll entscheiden, wer eingebürgert wird bzw. wer das Wahl- und Stimmrecht hat und meine Kritik ist, dass Sie das delegieren weg von den demokratischen Behörden zu einer Verwaltungsinstanz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Wir lieben und loben unsere Demokratie und das ist schön und richtig so, denn Demokratie ist in keiner Weise eine Selbstverständlichkeit. Die internationalen Ereignisse zeigen uns, dass sie tagtäglich gepflegt und gelebt werden muss. Und weil wir unsere Demokratie so schätzen, gilt es heute, ein klares Zeichen zu ihrer Stärkung zu setzen. Unser Kanton hat sich in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert. So sind Vielfalt und Migration aus unserem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Sie sind eine Tatsache. Die Region profitiert wirtschaftlich stark von international tätigen Firmen und von Arbeitskräften, die zugezogen sind und zumeist aktiv hierhergeholt wurden. Die immer diversere gesellschaftliche Zusammensetzung führt dazu, dass das Gleichgewicht zwischen der Wohnbevölkerung und denjenigen, die über politische Rechte verfügen, kontinuierlich abnimmt und ja, das ist ein Demokratiedefizit.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unser Land wird als Hort der Demokratie bezeichnet, in dem das Volk souverän ist. Doch das klingt einfacher, als es tatsächlich ist. Denn wer gehört heutzutage zum Volk und ab wann wird man Teil davon? Ist es genau dann, wenn man eine Staatsbürgerschaft erhält oder ist man nicht schon Teil davon, wenn man sich für ein freiheitliches und prosperierendes Gemeinwesen einsetzt, wenn man hier den Lebensmittelpunkt hat und Steuern bezahlt?

Blicken wir einmal auf das letzte Jahr zurück. 2023 sind in unserem Kanton lediglich 60 Prozent der Personen über 18 Jahren stimmberechtigt gewesen. Der restliche Anteil der erwachsenen Bevölkerung war von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. 38 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner wegen dem fehlenden Schweizer Pass. Bei einer Stimmbeteiligung von fast 44 Prozent haben somit rund 46’000 Menschen über Angelegenheiten entschieden, die einen Raum mit einer Wohnbevölkerung von fast 206’000 Menschen betreffen. 46’000 zu 206’000. Das ist für eine stolze Demokratie wahrlich wenig.

Erlauben Sie mir deshalb ein Gedankenspiel. Wir können die Anzahl der Stimmberechtigten und die tatsächlich Abstimmenden des letzten Jahres auf diesen Raum übertragen. Hier im Grossen Rat sitzen insgesamt 100 erwachsene Personen. Sie verkörpern 100 Perspektiven und Lebenserfahrungen. Diese tragen alle dazu bei, inhaltliche Auseinandersetzungen zu führen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten. So arbeiten wir hier zusammen. Von diesen 100 Personen sind aber nur 60 stimmberechtigt. Fast alle, die da rechts von der Mitte sitzen, dürfen also nicht mitbestimmen, sei es wegen ihrem Pass, weil sie einen Beistand haben oder weil sie hier in Basel als Wochenaufenthalter*innen angemeldet sind. So ist es, es tut mir leid, Sie dürfen hierbleiben und ihren Beitrag leisten, Entscheidungen werden aber nur von der anderen Seite getroffen. Von den 60 Personen auf der linken Seite haben 34 keine Zeit oder keine Lust, abzustimmen. Deshalb bleiben gerade noch 26 Personen in diesem Raum, die über das Schicksal der anderen 74 Personen entscheiden. 26 Personen. Das wäre so in etwa, wie wenn der Wahlkreis Basel Ost über alle anderen Wahlkreise entscheiden würde.

Deshalb frage ich Sie, ist das die Demokratie, auf die wir so stolz sein wollen? Ich denke nicht und das wissen Sie auch. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der JSSK zuzustimmen. Unsere Gesellschaft kann nur davon profitieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die staatsrechtliche Grundfrage, die sich hier stellt, ist, ob man das Stimm- und Wahlrecht an die Niederlassung knüpfen möchte oder weiterhin an die Staatsangehörigkeit, sprich an den Schweizer Pass. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass man eine C-Bewilligung nicht einfach erhält. Edibe Gölgeli und Hanna Bay haben ausgeführt, dass die Inhaber dieser Bewilligung meist mehr als zehn Jahre in Basel leben. Für die Inhaber der C-Bewilligung sollte es deshalb ein leichtes sein, sich um den Schweizer Pass zu bemühen und sich einbürgern zu lassen.

Die Gemeinden Riehen und Bettingen haben bereits ähnliche Vorlagen zum Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer mit deutlichen Ablehnungsraten von etwa 70 Prozent abgelehnt. Analog zu diesen Abstimmungen gehe ich persönlich davon aus, dass die Mehrheit des baselstädtischen Stimmvolkes diese Teilrevision der Verfassung ebenfalls ablehnen wird. Persönlich lehne ich die Anknüpfung an die Niederlassung für das Stimm- und Wahlrecht ebenfalls ab. Wer abstimmen und wählen will, soll sich einbürgern lassen. Auch aus staatsrechtlicher Sicht erschliesst es sich mir nicht, weshalb von der bisherigen Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit abgewichen werden sollte.

Ich appelliere an Sie, nicht an der Basis der Bevölkerung vorbei zu politisieren und der Kommissionsminderheit sowie David Jenny zu folgen. Letzteren halte ich, im Gegensatz zu anderen Ratskollegen, für einen sehr fähigen Juristen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Das Thema beschäftigt uns natürlich, das ist emotional, das ist auch ganz klar. Es ist mir heute in dieser ganzen Debatte enorm verkopft vorgekommen, alle haben da irgendwelche Paragrafen zitiert und was es sonst noch gibt und mit Zahlen um sich geworfen. Ich möchte das weglassen, ich möchte eigentlich nur folgendes Thema aufzählen:

Wenn ich in einer Gemeinde aufwachse und zu meinen Eltern sage, ich möchte Fussball spielen, dann sagen die, ja, gehe zum Fussballclub Breitenbach. Dann möchte ich in der Meisterschaft mitmachen und die sagen, selbstverständlich kannst du in der Meisterschaft mitmachen, du musst einfach Mitglied werden im Fussballclub Breitenbach. Wenn ich in die SP eintreten möchte, dann möchte ich abstimmen, wer jetzt da auf die Liste kommt, und die werden mir sagen, abstimmen kannst du nicht, du musst SP-Mitglied werden. Mindestens gehe ich mal davon aus, dass das so ist, vielleicht werde ich da nachher dann korrigiert, mindestens in den anderen oder in vielen Parteien ist das so. Das heisst, überall muss man Mitglied werden, überall muss man dabei sein wollen, überall muss man ein Committment haben und zeigen, dass man sagt, jawohl, da will ich mitmachen. Man zahlt den Mitgliederbeitrag und darf dann auch mitspielen beim Fussball oder Handball oder mitwählen, abstimmen, wer in der Partei aufgeführt wird.

Was es auch noch zu sagen gibt zu diesen Thema, das immer wieder gekommen ist, bei den Frauen war es auch so, die Frauen durften auch nicht, die konnten ja auch nicht Mitglied werden, das geht halt einfach nicht. Das hat man dort natürlich gewusst und hat gesagt, jawohl, wir müssen das anders lösen, die müssen wir einfach dazu nehmen. Aber ein Ausländer, eine Ausländerin, jemanden, der hierherkommt, die können Mitglied werden in der Schweiz. Die können mitmachen, den Pass beantragen und dann läuft das. Jetzt kann man noch sagen, ja, die Hürden sind vielleicht zu hoch, vielleicht ist es auch zu teuer, durchaus geht es möglicherweise auch zu lange und mag sein, dass es vielleicht auch unangenehm ist, die vielleicht auch dummen Fragen zu beantworten. Ich weiss es nicht, ich habe mich noch nie einbürgern lassen müssen in der Schweiz, obwohl ich auch 50 Prozent Ausländer bin, Österreicher und 25 Prozent Deutscher und den Rest wissen wir nicht genau. Gut, meine Eltern werden das wissen.

Also ich wiederhole mich, wer mitmachen will, der soll Schweizer werden und dann läuft das, und wer das nicht auf sich nehmen will, der lässt es halt sein und der wählt halt nicht. Danke fürs Zuhören. Ich hoffe, Sie wissen, wo das richtige Knöpfchen ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Amina Trevisan annehmen? Sie wird angenommen.

Amina Trevisan (SP): Erkennen Sie das Problem, dass solange wir die Vorstellung haben oder Sie die Vorstellung haben, dass der Staat wie ein Club agiert, dass das eben ein Teil des ganzen Problems ist? Erkennen Sie das?

Alex Ebi (LDP): Vielen Dank für diese Frage. Ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Einzelsprecherin, das ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich habe den Voten genau zugehört und auffallend fand ich eigentlich, dass von linker Seite, dass sie sich nicht so einig sind bei den Argumenten. Da werden sehr viele verschiedene Sachen aufgezählt. Einige sagen, dass das Bezahlen von Steuern ein Argument sein soll, das Stimm- und Wahlrecht zu erhalten, einige reden davon, dass das Stimm- und Wahlrecht zur Integration dient, andere sagen, dass es für die Integrierten ist. Ich denke, dass das Stimm- und Wahlrecht sicher nicht ein Integrationsinstrument sein darf.

Was mir aber aufgefallen ist, ist, dass für mich der wichtigste Begriff bei diesem Thema heute nicht genannt wurde und das ist der Begriff nicht der Integration, sondern der Identifikation. Und dies ist eigentlich das entscheidendste. Denn wer sich mit unserem Kanton identifiziert und sich mit der Schweizer Demokratie identifiziert, bürgert sich auch ein und nur wer sich mit uns identifiziert, darf meines Erachtens das Stimm- und Wahlrecht erhalten dürfen. Daher folge ich der Minderheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erich Bucher beantragt Schliessung der Redner*innenliste. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Ordnungsantrag Schliessung der Redeliste

JA heisst Schliessung der Redeliste, NEIN heisst keine Schliessung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 26 Nein, 9 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003789, 27.06.24 15:47:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Schliessung der Redeliste.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Schliessung der Redeliste entschieden mit 57 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen. Das heisst, es gibt keine neuen Einzelvoten mehr. Natürlich hat Mahir Kabakci noch sein zweites Votum zugute.

Mahir Kabakci (SP): Lange haben wir jetzt debattiert und diskutiert. Die einen finden, man soll sich einbürgern, die anderen finden, nein, wir sollen das Einwohner*innenstimmrecht einführen und wir haben jetzt unterschiedliche Varianten und Diskussionen gehört. Jetzt sind wir an diesem Punkt, wo wir eigentlich bei dieser Frage immer ankommen. Dann gibt es diese Ratshälfte, die finden, man kann sich ja einbürgern, einbürgern, einbürgern, es ist kein Demokratiedefizit, aber der Punkt ist, es gibt eine Realität und diese Realität heisst, dass ca. 40 Prozent immer noch nicht stimm- und wahlberechtigt sind.

Jetzt können wir als Parlament, gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter, diese Realität ignorieren und sagen, ja, man kann sich einbürgern und dann sind das wieder genau die gleichen bürgerlichen Parteien, die jegliche Vereinfachung in der Einbürgerungsthematik blockieren. Schon alleine, ja, Sie schütteln jetzt den Kopf, aber das ist die Realität, zum Beispiel bei meinem Vorstoss, wo wir die Einbürgerungsgebühren bis 25 streichen wollten, waren es wieder die bürgerlichen Parteien, die gesagt haben, nein, wer sich ein BMW leisten kann, der kann sich auch den Pass leisten. Das war die Argumentation.

Und da muss ich halt einfach sagen, diese Realität blenden Sie aus, diese ca. 40 Prozent gibt es immer noch und auch wenn Sie jetzt da dagegen sind, diese Menschen verschwinden nicht. Sollte es nicht unsere Aufgabe sein als Parlament, Lösungen zu finden für Probleme? Wenn wir nur zuschauen, werden wir irgendwann den Zustand haben, dass etwa 30 Prozent über die restlichen 70 entscheiden. Ist es diese Demokratie, die Sie möchten? Das glaube ich kaum.

Und da bitte ich Sie, kommen Sie bitte, überlegen Sie nochmals, treten Sie ein für eine zukunftsgewandte Politik, weil dieses Modell, was wir heute haben, das ist nicht zukunftsfähig. Wir werden immer einen kleineren Teil haben, der abstimmt und wählt, und immer einen grösseren Teil haben, der ausgeschlossen sein wird. Sagen Sie Nein zu dieser Entwicklung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt doch noch die zweite Runde, auch bei Regierungsrat, Minderheit und Kommission. Zuerst hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Dann geht das Wort an den Sprecher der Minderheit, David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe natürlich die Gelegenheit genutzt, über Mittag in mich zu gehen nach diesem geballten Ansturm linker Intellektualität und Emotionalität. Und es wird Sie überraschen, ich wurde nicht von Saulus zu Paulus. Ihre Argumentation gründet in einer Delegitimierung unseres Einbürgerungsverfahrens im Sinne einer self-fulfilling prophecy. Wir haben es zuletzt wieder gehört von Mahir Kabakci; ausgeschlossen. Nein, es besteht ein klarer Weg und dieser Weg ist das Einbürgerungsverfahren und ich glaube, die Einbürgerung ist zumindest auf kantonaler und Bundesebene das einzig wirklich praktikable und legitime Kriterium.

Sie haben von Kompromissen geredet. Ich glaube, wir haben durchaus auch Vorstösse hier in unserem Geltungsbereich mitgetragen und ich glaube, in diesem Bereich, und da ist wirklich Basel vorbildlich, können wir Kompromisse erzielen. Das ist eben sehr schwierig bei der Vorlage, die Sie jetzt durchbringen wollen. Und wenn Sie natürlich von Anfang an dieses Verfahren delegitimieren, ist es auch schwierig, da sinnvoll über Kompromisse zu sprechen. Auch Lukas Faesch hat es gesagt, wir sind wirklich vorbildlich. Ich glaube auch, im Einbürgerungsverfahren hat es immer mehr rechtliche Komponente, das Bundesgericht greift ein. Wir haben auch bei uns im Kanton nicht die Situation, wo dann, weil irgendjemand in der

Gemeindeversammlung erzählt, da sei dreckige Wäsche zu lange draussen gehangen, wird nicht eingebürgert, das haben wir hier alles nicht. Und ich glaube, der Weg ist wirklich über das Einbürgerungsverfahren.

Sie haben auch ein bisschen den Mut verloren in dieser Kompromisslösung. Ich glaube, Regierungspräsident Conradin Cramer hat das gut aufgezeigt, da ist natürlich Ihnen ein bisschen der rote Faden verloren gegangen in der Hoffnung, dass dann die Bevölkerung nicht durchschaut, das beispielsweise nachher relativ einfach, und ich habe wirklich gerechnet, eine Verfassungsänderung im zweiten Schritt möglich wäre. Ich glaube auch, wenn Sie ihre Argumentation durchziehen wollen, dann müssen Sie eben auch dafür sein, dass es eine allgemeine Wehrpflicht für alle Einwohner und Einwohnerinnen gibt bei uns, das wäre dann wirklich eine logische Konsequenz. Warum gibt es dann nicht auch ein Grenzgänger*innenstimmrecht? Die zahlen hier auch Steuern, die benutzen auch unsere Infrastruktur, die arbeiten hier, vielleicht können wir ihnen dann zwei Drittel eines Stimmrechtes geben. Ich glaube, das zeigt einfach, es bleibt dabei, das Kriterium ist Einbürgerung kombiniert mit Wohnsitz/Bürgerrecht.

Ich sehe einen Case, das wäre auf der kommunalen Ebene, wo Ihre Argumentation bessere Chancen hätte. Das ist auch bei uns in der Kantonsverfassung angelegt. Die Landgemeinden dürfen das Ausländerstimmrecht einführen und ich glaube, wenn es Platz hat, dann wäre es auf kommunaler Ebene. Ich glaube, zurzeit wollen das unsere Landgemeinden nicht, das ist entsprechend zu akzeptieren.

Jetzt noch zu meinem Lieblingskontrahenten Oliver Thommen, der mich historischer Unbildung beschuldigt hat. Ich habe den Ausländeranteil oder die Minderheit 1910 angeführt, vor allem, weil ja gesagt wurde, das sei so historisch einmalig, wie hoch der Ausländeranteil jetzt sei. Das ist er, glaube ich, unbestrittenermassen nicht, der war 1910 hoch. Jetzt hat Oliver Thommen gesagt, nachher sei dann der Ausländeranteil, und ich habe gesagt, er ist gesunken, auch auf Einbürgerung zurückzuführen. Ich habe das nicht quantifiziert.

Ich habe es aber gefunden. 1900 hatten wir eine Schweizer Bevölkerung von knapp 70’000 und eine ausländische Bevölkerung von 42’700. Da haben Sie die Zahl von 1910 im Minderheitenbericht. 1920 hatten wir dann 102’000 Schweizer Bevölkerung, aber immer noch knapp 38’000 Ausländer. Also es ist gefallen im ersten Weltkrieg, aber nicht so dramatisch, wie es Oliver Thommen gesagt hat. Aber ich empfehle Oliver Thommen doch noch die Lektüre, und da habe ich eben die Zahl nicht ganz gefunden, es gibt ein Buch über die Einbürgerung in Basel von einem Herrn Pfister. Ich weiss nicht, ob es eine Ahne ist von dem hier vertretenden Herr Pfister, dort sind wirklich alle Einbürgerungen einzeln, und ich glaube, da wurde der Datenschutz nicht berücksichtigt, aufgelistet, was dann 19 Jahrhundert eingebürgert wurde und da finden Sie auch mindestens zwei meiner Vorfahren. Das war eine beachtliche Leistung. Leider hat, glaube ich, bei der Aufteilung der Bibliothek meines Vaters mein Bruder dieses Buch für sich genommen, darum konnte ich jetzt nicht darauf zurückgreifen.

Aber ich glaube, es geht hier wirklich um die Grundsatzfragen, wollen Sie diese Verkoppelung Bürgerrecht und Stimmrecht, aktives, passives Wahlrecht aufrechterhalten oder nicht oder wollen Sie in Ihrer Konzeption das Bürgerrecht degradieren zu einer Police gegen Auslieferung und Landesverweisung. Und das möchte ich nicht. Ich weiss, dass Sie mir in ihrer Mehrheit nicht folgen werden, aber ich hoffe auf die Stimmbevölkerung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin der Mehrheit, Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Voten, auch beim Regierungspräsidenten und beim Sprecher der Minderheit. Ich möchte jetzt auch noch auf ein paar der gefallenen Kritiken an der JSSK-Mehrheit eingehen.

Nun mal zu dieser Nebendiskussion zur allgemeinen Wehrpflicht. Aus meinem Verständnis heisst Gleichstellung, Menschen besser zu stellen und sie nicht alle gleich schlecht zu stellen. Also die Antwort wäre dann eine Abschaffung der Militärpflicht und nicht eine Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht.

Jetzt aber zum Inhalt, worum es hier eigentlich geht. Es sei eine Salamitaktik, es sei ein Meitli- und ein Bubentrick. Nun, Sie dürfen es auch gerne einfach Meitli-Trick nennen nach Sprecher der Minderheit, schliesslich ist der Grossteil der JSSK-Mehrheit Frauen. Aber nein, es ist kein Meitli-Trick hier, es ist schlicht normal und wichtig, dass wir immer wieder über Anpassungen an unserer Demokratie sprechen und das werden wir dann auch weiter tun bei der Motion Jo Vergeat und bei der Motion Oliver Thommen, das gehört zu einer gesunden Demokratie zu tun.

Dann ist es auch nicht so, dass Menschen mit Niederlassungsbewilligung die Schweizer Stimmberechtigten dann einfach überstimmen können, das stimmt numerisch schlicht nicht. Das ist unsachlich und ein solches Überszenario herbeizureden, macht hier wirklich keinen Sinn. Die Schweizer Bevölkerung wird bei weitem immer noch die Mehrheit an der Stimmbevölkerung ausmachen.

Ja, wir hatten diskutiert, ob wir Verfassungsabstimmungen vom begrenzten Stimm- und Wahlrecht ausnehmen und wenn ein Teil der Minderheit zu einem breiten Kompromiss bereit gewesen wäre, wäre es für einen Teil der Mehrheit auch möglich gewesen, der Schlag auf dem Verhandlungstisch, aber die Minderheit hatte ihn ja dann verlassen. Wir sind beim jetzigen

Kompromiss der Meinung, der Grossteil der Abstimmungen in Basel betreffen die Verfassungsebene und deshalb würde das auszunehmen, das Stimm- und Wahlrecht übermässig einschränken.

Nun zum Regierungspräsidenten. Ich fand es nicht ganz stringent, dass die Regierung keine Anträge stellt, aber dann vor dem Respekt der parlamentarischen Arbeit der JSSK, da bedanke ich mich für diesen Respekt, finde ich es dann doch etwas seltsam, dass dann doch mehrere inhaltliche Kritikpunkte geäussert wurden, also Sie dürfen dann gerne auch einfach wirklich hier Anträge stellen, wenn das Ihre Meinung ist, gerichtet jetzt an die Regierung.

Wir haben in der JSSK eigentlich den Usus einer sehr engen Zusammenarbeit mit dem Departement. Zu dieser Idee einer Opt-out-Option kann ich jetzt hier nicht Stellung nehmen, weil wir das auch nicht vorliegen hatten. Wir waren im engen Austausch mit dem Departement, ich kann mir vorstellen, dass das wegen dem Wechsel des Departementsvorstehers vielleicht nicht ganz so eng war jetzt mit der politischen Ebene wie bei anderen Geschäften, aber ich wünsche mir sehr, dass wir da auch in Zukunft sehr eng zusammenarbeiten. Ich bin aber überzeugt, der jetzige Entwurf der Bestimmung wird so funktionieren, wie wir ihn erarbeitet haben.

Dann noch mit Blick Richtung Abstimmungsbüchlein. Ja, ich denke, es ist wichtig, auch für die Stimmbevölkerung, in der Kommunikation festzuhalten, dass das kantonale Stimmrecht für die Stadt Basel auch das kommunale Stimmrecht beinhaltet. Das liegt einfach an dieser Situation, wie der Kanton Basel-Stadt strukturiert ist. Also das dann jetzt unserer Vorlage als Kritik vorzuwerfen, ist etwas seltsam, weil das wirklich einfach in der Anlage gelagert ist, wie Basel-Stadt funktioniert. Das ist auch etwas schräg hier im Grossen Rat und wir leben auch immer damit.

In der JSSK diskutieren wir immer wieder über Menschen, die weniger Rechte haben oder auch Mühe haben, Rechte einzufordern und es ist mir als Präsidentin ein wichtiges Anliegen, dass wir dies in einer Art und Weise tun, die Menschen nicht abwertet. Bruno Lötscher und Lukas Faesch haben in dem Sinne zu Recht meine Aussage in den Medien kritisiert, der Einbürgerungstest sei erniedrigend, weil offensichtlich das eben die verantwortlichen Behörden oder die Menschen, die diese Einbürgerungstests durchführen, das als Abwertung empfunden haben und das tut mir leid. Ich bin da mit Bruno Lötscher einig, dass die Formulierung des Gesichtsverlustes adäquater ist.

Aber doch möchte ich das Argument noch kurz etwas ausführen, weil das Zitat wirklich auch falsch verstanden worden ist. Ich meinte damit nicht eine Kritik an den Behörden, die diese Verfahren in diesem gesetzlichen Rahmen, der ja auch von der Bundesebene vorgegeben ist, durchführen. Die Basler Praxis gibt sich Mühe, diese Prüfung möglichst human und mit Rücksicht durchzuführen. Und für die, die das Verfahren dann erfolgreich durchlaufen, ja, das ist sehr ermächtigend, das gibt ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit und für Stolz. Aber dennoch für die, die es nicht erfolgreich durchlaufen oder die es nicht schaffen, die ganzen Unterlagen herbeizuholen, für die ist es ein Gesichtsverlust und für die Familienangehörige, Freunde, usw., die wissen alles von dem. Es ist eine Prüfung, bei der man scheitern kann oder wie auch eine Person sagt, die sich das überlegt hat, sich einzubürgern oder nicht: Andere darüber entscheiden zu lassen, wer ich bin oder was ich bin, das ist schwierig.

Wir dürfen hier wirklich die nationale Ebene nicht vergessen. Sie können sich erinnern an Fälle, wo Gemeindeversammlungen Menschen die Einbürgerungen verweigert haben mit diskriminierenden Argumentationsweisen. Ja, ebendiese Gemeindeversammlungen oder diese Kantone sind dabei, das zu ändern, weil es halt sehr schmerzhaft oder diskriminierend auch ist. Aber das hat wirklich Auswirkungen, wie die Einbürgerung von den Menschen wahrgenommen wird, auch wenn das jetzt wirklich nichts mit der Basler Praxis zu tun hat. Aber die Wahrnehmung der Einbürgerung hat nicht nur mit dem Basler Prozess zu tun, das haben dann auch die Forschungsergebnisse vom nccr – on the move gezeigt, welche uns im Hearing vorgestellt wurden. Also die Erniedrigung, die ich genannt habe, ja, das ist eine subjektive Wahrnehmung der Menschen, die wird dann aber auch zu einer kollektiven Wahrnehmung und da geht es dann eben um die sozialen Hürden. Und ja, da sind wir vielleicht unterschiedlich in der Argumentationsweise. Die Jurist*innen argumentieren, es gibt einen klaren Weg zur Einbürgerung, aber wenn man es wirklich anschaut von den Lebenslagen der Menschen her, wer sich wirklich einbürgert oder nicht, dann sehen wir, es gibt einfach ganz viele soziale und andere materielle Hürden.

Woran knüpfen wir es an, ob wir wählen dürfen oder nicht oder ob wir uns wählen lassen dürfen oder nicht? Ja, das ist eine schwierige Frage und ja, was haben Sie für die Mitgliedschaft in der Schweiz ganz persönlich getan? Heute ist es angeknüpft ans Schweizer Bürgerrecht, was sehr viele Menschen nicht besitzen, und nachher mit dieser Vorlage ist es angeknüpft an die Niederlassungsbewilligung, welche wiederum sehr viele Menschen nicht besitzen. Politische Rechte unterteilen immer in Menschen, welche diese besitzen, und in Menschen, die sie nicht besitzen und das wird auch diese Vorlage nicht ändern können.

Ich bitte Sie jetzt Eintreten auf das Geschäft und Annahme dieses Entwurfs, wie die JSSK-Mehrheit das vorbereitet hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Zuerst zum Eintreten. Eintreten wird bestritten durch die Kommissionsminderheit.

Abstimmung

Über das Eintreten

JA heisst Eintreten, NEIN heisst nicht Eintreten.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003791, 27.06.24 16:05:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat tritt auf das Geschäft ein mit 54 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber, und zwar Rückweisung an die Kommission.

Abstimmung

Über die Rückweisung an die Kommission

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 81 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003793, 27.06.24 16:05:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich gegen die Rückweisung an die Kommission entschieden mit 13 Ja-Stimmen gegen 81 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 24 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung der Verfassung

§ 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu)

§ 41 Abs. 1 lit. b (geändert), Abs. 2 (neu)

§ 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

§ 70 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003795, 27.06.24 16:07:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 [1]) (Stand 5. Juli 2018) wird wie folgt geändert:

§ 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu)

1 Stimmberechtigt ist, wer das Schweizer Bürgerrecht besitzt, das 18. Altersjahr zurückgelegt hat, im Kanton Basel-Stadt politischen Wohnsitz hat und nicht wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft steht oder durch eine vorsorgebeauftrage Person vertreten wird.

1bis Einwohner und Einwohnerinnen ohne Schweizer Bürgerrecht sind in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt, wenn sie abgesehen vom Schweizer Bürgerrecht die Voraussetzungen gemäss Abs. 1 erfüllen, im Besitz der Niederlassungsbewilligung sind und seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben.

§ 41 Abs. 1, Abs. 2 (neu)

1 Stimmberechtigte haben das Recht:

b) (geändert) Wahlvorschläge einzureichen und sich an Wahlen zu beteiligen,

2 Wo das Gesetz die Stimmberechtigung als Wahlvoraussetzung nennt, ist in öffentliche Ämter nur wählbar, wer die Voraussetzungen gemäss § 40 Abs. 1 erfüllt.

§ 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

1 Stimmberechtigte mit Schweizer Bürgerrecht üben das Stimmrecht am politischen Wohnsitz aus. Sie erlangen das Stimmrecht in Angelegenheiten des Kantons und der jeweiligen Einwohnergemeinde mit der Niederlassung.

2 Stimmberechtigte ohne Schweizer Bürgerrecht üben das Stimmrecht in der Niederlassungsgemeinde aus.

3 Ausnahmen zur Ausübung des Stimmrechts bestimmt das Gesetz.

§ 70 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

1 Alle im Kanton Stimmberechtigten mit Schweizer Bürgerrecht sind in den Grossen Rat, in den Regierungsrat und in die Gerichte wählbar.

2 Das Gesetz kann die Wählbarkeit in richterliche Behörden an zusätzliche Voraussetzungen knüpfen und auf Personen ausdehnen, die im Kanton nicht gemäss § 40 Abs.1 stimmberechtigt sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Im Fall der Annahme durch die Stimmberechtigen unterliegt die Änderung zudem der Gewährleistung durch den Bund.

Der Grosse Rat beschliesst

Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Mit dem Beschluss über Eintreten auf das Geschäft haben Sie in die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5. der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

6. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[27.06.24 16:07:34, 24.0147.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Mehrheit der Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Wirtschafts- und Abgabekommissionsminderheit beantragt eine eigene Beschlussvorlage. Wir starten mit dem Sprecher der Kommission, Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir beraten jetzt hier die Leistungsvereinbarung für die Basler Personenschifffahrt für die Jahre 2024 bis 2028. Der Regierungsrat beantragt Ihnen knapp eine Million, 996’000 Schweizer Franken jährlich als Beitrag an die Betriebskosten. Für die gesamte Periode sind das 5 Millionen Franken. Er beantragt Ihnen zudem 1,25 Millionen Franken an Aktienkapitalerhöhung und den Erlass des Darlehens von 1,8 Millionen, das während der Corona-Periode gesprochen wurde.

Die Mehrheit der WAK folgt diesem Antrag, die Minderheit stellt Ihnen einen eigenen Antrag. In der Beratung der WAK hat niemand grundsätzlich in Frage gestellt, dass der Kanton die Basler Personenschifffahrt finanziell unterstützt. Die Publikumsschifffahrt auf dem Rhein gehört zu Basel. Der Tourismus hat, wie wir alle wissen, eine grosse Bedeutung für die lokale Wirtschaft und ein Rhein ohne Publikumsschifffahrt wäre nicht gut. Aus meiner persönlichen Sicht wäre es ein veritables Armutszeugnis. Dazu muss man sagen, keine Schifffahrtsgesellschaft in der Schweiz funktioniert eigenwirtschaftlich.

Damit ein attraktives Angebot möglich ist, ist die BPG auf eine Flotte mit einer Mindestgrösse und funktionsfähige Infrastrukturen an Land angewiesen. Die BPG ist mit dem aktuellen Betriebsbeitrag strukturell unterfinanziert. Sie operiert in einem begrenzten Marktgebiet und ist gefordert, einen investitionsintensiven Schifffahrtsbetrieb zu gestalten. Der erzielbare operative Cashflow deckt die notwendigen Reinvestitionen nicht ab. Sie können nicht aus den Markterträgen erwirtschaftet werden.

Die letzte Subventionsperiode 2020 bis 2024 war, wie viele andere Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft, von der Coronapandemie überschattet. Die Schifffahrten mussten eingestellt werden und dadurch entstanden grosse finanzielle Schwierigkeiten, welchen im Jahr 2022 mit einem Ratschlag und einem Darlehen begegnet wurde. Eine neue längerfristige Leistungsvereinbarung sollte dem Grossen Rat erst dann vorgelegt werden, wenn die Auswirkungen der Pandemie abschliessend beurteilt werden können.

Die WAK bemängelte bei der Behandlung dieses Pandemieratschlages die fehlende Klärung strategischer Fragen und forderte diese für den Ratschlag für die neue Periode, über den wir heute sprechen, ein. Ich zitiere: «Auch wenn der Weiterbetrieb der BPG nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, so war die Kommission dennoch unzufrieden, dass die grundsätzlichen strategischen Fragen zur künftigen Ausrichtung des Unternehmens seit dem letzten Antrag an den Grossen Rat vom Januar 2020 nicht weiterbearbeitet wurden, obwohl dies ursprünglich für das Jahr 2021 in Aussicht gestellt worden war. Da die strategischen Fragen pandemiebedingt noch nicht geklärt wurden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass mit der Erteilung der Ausgabenbewilligung Infrastruktur erhalten und Investitionen getätigt werden, die sich in zwei Jahren als überflüssig erweisen könnten». Deshalb hat man dort dann auch von der WAK-Seite her eine Kürzung gegenüber dem ursprünglichen Ratschlag vorgenommen.

Leider kehrte die Welt nach der Pandemie aber nicht zum Status ante zurück. Nachdem die BPG 2022 ein gutes Geschäftsjahr hatte, gestaltete sich 2023 nicht zufriedenstellend. Es resultierte ein Defizit von über einer Million Franken statt der budgetierten 141’000. Grund dafür war auch die Teuerung und Hochwasser. Das Defizit ist eine Kombination von struktureller Unterfinanzierung, falscher Einschätzung der Marktentwicklung, zu tiefer Flexibilität im Personaleinsatz, ungünstigen externen Faktoren und einer nicht genügend angepassten Kostensteuerung. Damit kann niemand zufrieden sein, auch die WAK-Mehrheit ist damit nicht zufrieden.

Die Frage ist aber, wie geht man damit um und welche Konsequenzen zieht man daraus für die Zukunft. Hier gehen die Meinungen von Mehrheit und Minderheit auseinander. Mit dem Ratschlag hat die BPG der WAK auch eine neue Strategie vorgestellt. Der 2022 geforderte Strategieprozess wurde also durchgeführt. Ich zitiere aus dem Ratschlag: «Aus dem im Sommer 2022 gestarteten Analyse- und Strategieprozess resultiert ein adaptierter Businessplan für die Jahre 2024 bis 2033. Leitgedanke ist, dass die BPG im Kern so aufgestellt werden soll, dass eine möglichst stabile, nachhaltige und langfristige Entwicklung des Unternehmens erreicht bzw. gesichert werden kann».

Die Business-Planung ist auf die folgenden operativen Eckpunkte ausgerichtet: Stabile Ertragsentwicklung generieren mit aktiven Verkaufs- und Marketing-Instrumenten. Zweitens: Kostenwachstum durch Flottenoptimierung und Partnerschaften im Einkauf verringern bzw. stabilisieren. Drittens: Eigenwirtschaftlichkeit verbessern und mit dem höheren kantonalen Beitrag dem Unternehmen eine flexiblere Finanzierung ermöglichen.

Mit der Genehmigung des Investitionsbeitrags für die Beschaffung des MS Rhystärn hatte der Grosse Rat im Jahr 2016 eine erste Grundlage geschaffen. Die BPG hat seit Einführung des Rhystärn ganz bewusst und geplant ihren Marktauftritt angepasst, die Reputation bei der Kundschaft ist heute sehr gut. Die wichtigsten Anpassungen sind die Reduktion der Flotte von drei auf zwei Schiffe, die verstärkte Ausrichtung der Rundfahrten auf die Nachfragen und stärkere Synergien mit externen Partnern im Bereich der Finanzen, Nautik und Gastronomie.

Mit der Umsetzung der Strategie geht der Antrag des Regierungsrats zur Leistungsvereinbarung mit der BPG für die Jahre 2024 bis 2028 davon aus, dass in den kommenden fünf Jahren ein Staatsbetrag von 996’000 Franken pro Jahr notwendig ist. Dies, damit die BPG die nun an die Hand genommene Transformation bewerkstelligen kann, um in der Zeit ab 2029 mit einem stärkeren wirtschaftlichen Fundament operieren zu können. Allerdings auch mit diesem erhöhten Beitrag muss die BPG 87 Prozent ihrer Kosten am Markt erwirtschaften. Zudem wurde der Staatsbeitrag seit 2010 nicht substanziell erhöht und auch nicht der Teuerung angepasst.

Die Mehrheit der WAK anerkennt die Bemühungen der BPG um eine Strategieanpassung und unterstützt die Stossrichtung der Massnahmen. Sie möchte dieser Strategie eine Chance geben und wünscht der BPG dabei gutes Gelingen. Eine erfolgreiche BPG hilft dem Tourismusstandort und der Lebensqualität in unserem Kanton. Selbstverständlich soll der Grosse Rat den Erfolg der Strategie in drei, vier Jahren beurteilen und daraus seine Schlüsse ziehen.

Die Minderheit fordert in ihrem Bericht bereits heute Anpassungen. Kernpunkt dabei ist die folgende Forderung: Das seit langem beobachtete kommerzielle und betriebswirtschaftliche Defizit in der Geschäftsführung und Aufsicht sei rasch zu beheben. Die Mehrheit kann Vorbehalte gegenüber der Geschäftsführung nachvollziehen. Sie verweist aber darauf, dass der Regierungsrat im Ratschlag aufgeführt hat, den Verwaltungsrat nach dem Grossratsbeschluss neu aufzustellen und die Verwaltungsratssitze öffentlich auszuschreiben. Es wird neu kein direkter Kantonsvertreter mehr im Verwaltungsrat Einsitz haben. Nach den Governance-Richtlinien ist dieser neue Verwaltungsrat für die Strategieumsetzung und für die Führung des Managements zuständig.

Die Mehrheit hält dies für den richtigen Weg. Sie möchte nicht die gesamte Gesellschaft für Fehler der Geschäftsleitung abstrafen. Allfällige personelle Massnahmen sind vom Verwaltungsrat zu prüfen und umzusetzen. Wichtig ist es der Mehrheit zudem, dass die BPG nicht in ein Korsett gedrängt wird, welches zu einer signifikanten Erhöhung der Preise für das Publikum oder einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Personal führen würde. Wir sehen deshalb im Antrag der Minderheit keine wirkliche Alternative zum Mehrheitsantrag.

Im Rahmen der Beratungen der WAK konnte leider kein Kompromiss gefunden werden. Das ist schade und ich hoffe, dass wir Ihnen als WAK bei nächsten Vorlagen ein besseres Bild abgeben können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit spricht Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Lassen Sie mich gleich vorneweg zwei Dinge klarstellen. Ich tue dies insbesondere, weil in den Medien in den vergangenen Wochen Dinge kolportiert wurden, die richtig zu stellen sind.

Punkt 1. Auch die WAK-Minderheit liebt die BPG, liebt die Schiffe auf dem Rhein in Basel und möchte keinesfalls riskieren, dass die Gesellschaft in Konkurs geht. Das heisst, auch die WAK-Minderheit ist nach wie vor und auch langfristig bereit, dass der Staat die Gesellschaft finanziell unterstützt. Punkt 2. Auch die WAK-Minderheit unterstützt den strategischen Entscheid, den Betrieb mit zwei Schiffen, wie er im Moment vorgeschlagen ist, langfristig aufrecht zu erhalten.

In diesen Punkten ist sich die WAK-Minderheit mit der Mehrheit einig. Nicht einig sind wir uns hingegen in der Frage, auf welchem Weg, oder in der Sprache der Nautik, auf welchem Kurs man dieses Ziel oder diese Ziele erreichen soll. Der Regierungsrat möchte gemäss seinem Antrag, welcher von der WAK-Mehrheit unterstützt wird, zuerst Geld in die Firma hineinstecken und dann sich um die Führung kümmern. Und dabei sprechen wir um die nicht unerkleckliche Summe von 8 Millionen Schweizer Franken. Die Minderheit möchte zuerst das Überleben der Gesellschaft sichern, dann die Thematik der Führung angehen und dann investieren. Dabei müssen wir uns selbstverständlich im Rahmen dessen bewegen, was der

Grosse Rat kann. Unsere Kompetenzen sind selbstverständlich nicht im Benennen oder Abberufen von Mitgliedern der Geschäftsleitung oder anderen personellen Entscheiden. Operationell hat der Grosse Rat keine Kompetenz.

Es wurde vom Sprecher der Mehrheit bereits angesprochen, die Gesellschaft hat Schwachstellen in der Führung. Was heisst Führung, Führung heisst Verwaltungsrat und Geschäftsleitung zusammen. Wir sprechen hier ausdrücklich nicht von der operationellen Führung, also dem, was wir salopp mit Betriebsleitung bezeichnen könnten. Die WAK ist sich durchs Band einig, dass das Produkt gut ist, dass die Qualität stimmt, sogar besser ist heute als vor der Pandemie. Das Betriebliche hat die Gesellschaft im Griff. Es gibt Verbesserungspotenzial im Bereich Verkauf und Marketing, aber auch hier hat man sich klar verbessert gegenüber der Situation vor der Pandemie. Aber man hat grosse Defizite im Bereich der Finanzen und des betriebswirtschaftlichen. Diese Kompetenz muss aber in einer Unternehmung, welche 6 bis 7 Millionen Jahresumsatz erwirtschaftet, vorhanden sein.

Unser Bericht zeigt die Vorwürfe im Detail, ich erspare Ihnen diese alle, möchte einfach zwei Beispiele als Pars pro Toto herausgreifen, dass Sie verstehen, falls Sie den Bericht nicht gelesen haben, wovon wir sprechen. Der Sprecher der Kommissionsmehrheit hat erwähnt, dass die Gesellschaft statt einem budgetierten Verlust von 174’000 Franken letztes Jahr 1,046 Millionen Verlust geschrieben hat. Das hatte nichts mit dem Ertrag zu tun. Das Ertragsbudget von 6,5 Millionen wurde erreicht. Man hat das Vorjahr übertroffen, man hat gut gewirtschaftet bei den Erträgen, man hat die Kosten nicht im Griff. Und warum hat man die Kosten nicht im Griffpunkt?

Punkt 1. Die Personalkosten wurden gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent gesteigert und damit weit über das Budget hinaus. Zudem wurde in die Schiffe investiert, und zwar auch an Orten, wo es nicht einfach um den sicheren Betrieb der Schiffe ging, sondern dort, wo es auch um das zwingend notwendige hinausging.

Noch banaler ist mein zweites Beispiel. Man hat dem Personal von 2022 auf 2023 einen Teuerungsausgleich von durchschnittlich 4 Prozent gewährt. Das kann man machen, das kritisieren wir auch nicht. Es gab eine Teuerung von offiziell 2,8 Prozent, dass man die Saläre anpasst, ist richtig. Aber wenn Sie bei einer Gesellschaft, deren Kosten hauptsächlich aus Personalkosten bestehen, die Personalkosten um die Teuerung steigern, dann müssen Sie das bei den Erträgen auch machen, dann müssen Sie das bei den Fahrkartenerlösen auch machen. Aber die BPG hat darauf verzichtet und hat die Preise trotz 2,8 Prozent Teuerung auf 2023 nicht angepasst. Es ist ja logisch, dass dann die Kostenschere aufgeht. Jetzt kann man sagen, ja gut, man kann die Preise nicht anpassen, weil man steht unter Wettbewerbsdruck. Aber die BPG bietet diese Fahrten auf dem Rhein alleine an und die Verkehrsbetriebe auf dem Zürichsee oder auf dem Vierwaldstättersee kann man nicht als direkte Konkurrenten der BPG bezeichnen. Diese zwei Beispiele sollen Ihnen zeigen, dass man das betriebswirtschaftliche kleine Einmaleins in der BPG nicht beherrscht.

Die Kritik an der BPG ist der WAK nicht neu, Sie haben das vorhin auch vom Sprecher der Mehrheit gehört. Bereits im Frühjahr 2020 hatte man das erste Mal Kritik geäussert. Damals wurde sie hauptsächlich durch die damals aufkommende Coronakrise übertüncht, man hatte damals wichtigeres zu tun, als sich um Detailfragen der Betriebsleitung zu kümmern. Danach kam sie wieder auf bei der Behandlung vor gut zwei Jahren, Anfang 2022. Ich zitiere auch einen Passus aus dem Bericht, aus dem der Sprecher der Mehrheit bereits zitiert hatte: «Der Auftrag, gemeint ist die Kommission, lautete, keine Investitionen, abgesehen von den betriebs- und sicherheitsrelevanten Investitionen, vorzusehen, die über den Zeithorizont 2024 hinausreichen. Die Personalsituation wird im Rahmen der Erarbeitung der strategischen Neubewertung evaluiert».

Nochmals, das war aus dem WAK-Bericht vom März 2022, nicht aus dem aktuellen. Beides wurde nicht eingehalten, vor allem bei der personellen Situation, ich habe es Ihnen vorhin geschildert, wurde dick aufgetragen. Und deshalb ist bei den sechs Kommissionsmitgliedern, welche die WAK-Minderheit in dieser Frage bilden, auch der Geduldsfaden gerissen. Wir wollen uns nicht nochmals vertrösten lassen, insbesondere nicht um fünf weitere Jahre vertrösten lassen und dann das ganze selbstverständlich uns Millionen kosten zu lassen. Daneben gibt es aber auch ordnungspolitische Gründe. Dass man die Passagierfahrten subventioniert, ich habe es eingangs erwähnt, das ist bei der WAK-Minderheit genau gleich wie bei der WAK-Mehrheit, unumstritten. Es geht um ein touristisches Angebot, es geht um Standortattraktivität im weiteren Sinn, aber es geht auch um ein niederschwelliges Angebot für unsere lokale Bevölkerung. Das darf den Staat etwas kosten.

Demgegenüber vertreten wir die Ansicht, dass das gastronomische Angebot und insbesondere die Charterfahrten kostendeckend, und zwar in einer Vollkostenrechnung kostendeckend durchgeführt werden müssen. Weil hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb zur privatwirtschaftlichen Gastroszene. Aus dieser Überlegung heraus hatte man vor vier Jahren eine Kostenträgerrechnung einverlangt, hatte man vor zwei Jahren eine Kostenträgerrechnung einverlangt. Sie können sich es ausrechnen, auch dieses Mal haben wir wieder eine Kostenrechnung einverlangt. Die letzten zwei Mal wurde man vertröstet, bei diesem Mal immerhin, auch das soll erwähnt sein, hat man auf Stufe Einzelfahrt eine Kostenträgerrechnung präsentiert. Nur lässt diese selbstverständlich nicht zu, zu beurteilen, ob jetzt Charterfahrten in der Vollkostenrechnung nach wie vor subventioniert werden oder nicht. Wir wissen es schlicht und einfach nicht. Wir wissen schlicht und einfach nicht, ob das Coca-Cola, welches auf dem Schiff verkauft wird, subventioniert ist oder nicht, weil diese Rechnung nach wie vor nicht gemacht wird, auch beim dritten Mal nachfragen nicht gemacht wird. Jetzt könnte man ein drittes Mal «Bitti, bätti» machen und sagen, aber in fünf Jahren dann bitte schon, oder man kann, wieder in der nautischen Sprache, die Schubumkehr aktivieren. Die WAK-Minderheit hat sich für Zweiteres entschieden.

Sie wissen, Politik ist die Kunst des Möglichen. Sie wissen auch, dass wir das Geschäft von gestern auf heute vertagt haben. Dies, weil Grossrat Franz-Xaver Leonhardt darum bemüht war, einen Kompromiss auszuhandeln, so quasi in letzter Minute noch etwas zu retten. Er wird den Kompromiss nachher selber vorstellen, das tue ich nicht jetzt hier für die WAK-Minderheit, aber was ich Ihnen sagen kann, die WAK-Minderheit hat sich zwischen gestern und heute Morgen davon überzeugen lassen, dass wir diesen Kompromiss mit dem Antrag Leonhardt mittragen. Also ich bin jetzt in der etwas komischen Situation, dass ich Ihnen erkläre, warum die WAK-Minderheit ihren Antrag gestellt hat, aber Sie bittet, diesen Antrag nicht zu unterstützen, sondern stattdessen den Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Rhein ist von emotionaler Wichtigkeit und von historischer Wichtigkeit für unsere Stadt. Dieser Rhein, er soll erlebbar sein, er soll auch befahrbar sein. Aus diesem Grund hat unser Kanton eine Personenschifffahrtsgesellschaft und aus diesem Grund ist der Kanton bereit, die nicht gedeckten Kosten dieses Angebots zu finanzieren. Dies ist wichtig für unsere Bevölkerung, dies ist wichtig für die Touristinnen und Touristen, die nach Basel kommen, dies ist wichtig aber auch für die Firmen, die ihre Charterfahrten hier mit der BPG auf dem Rhein buchen.

Die BPG feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Jubiläum. Das zeigt, was für eine Tradition das ist und wir sind alle aufgefordert, hier die richtigen Entscheide für die Zukunft der Rheinschifffahrt auf unserem Rhein zu fällen. Die Nachfrage, sie ist da, das Angebot wird geschätzt. Der Umsatz lag im 2019 bei 5,3 Millionen, im 2023 bei 6,4 Millionen Franken, das ist eine Steigung von 20 Prozent. Da gibt es einen Mengeneffekt und auch einen Preiseffekt darin. Der Regierungsrat möchte, dass dieses Erlebnis des Rheins auch in Zukunft möglich ist und deshalb beantragt er dem Grossen Rat eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 996’000 Franken pro Jahr.

Öffentliche Schifffahrten in der Schweiz sind nicht eigenwirtschaftlich erbringbar. Das schafft vielleicht ganz knapp der Vierwaldstättersee, die Gesellschaft, auch dort ist es nicht ganz klar, aber alle anderen sind auf staatliche Subventionen angewiesen. Und unsere BPG, und das ist der Antrag des Regierungsrates, deckt 87 Prozent ihrer Kosten selber. Auch mit diesem erhöhten Beitrag, nur 13 Prozent sind durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler oder wären mit diesem Betrag durch die Steuerzahler*in fixiert.

Bei der Personenschifffahrt sind vor allem teuer die Fixkosten und die sind da. Die sind da durch die Schiffe, die da sind, durch das Nautikpersonal und auch durch die landseitige Infrastruktur. Und danach geht es darum, Verkehre zu finden, Angebote zu schaffen, die einen möglichst hohen Beitrag erbringen zur Deckung dieser Fixkosten. Und da leistet auch die Gastronomie und insbesondere die Gastronomie und die Charterfahrten einen ganz wichtigen Beitrag zur Deckung dieser Fixkosten. Und die Rundfahrten, die dann für alle öffentlich zugänglich sind, auch ohne Konsumationspflicht, die profitieren dann, dass die anderen Fahrten ebendiesen wichtigen Deckungsbeitrag leisten für diese Fixkosten. Wir haben also ein grosses Interesse, dass einerseits diese öffentlichen Fahrten angeboten werden, auch wenn ihr Deckungsbetrag deutlich kleiner ist, und dass auch Charterfahrten und Gastronomie auf diesen Schiffen stattfinden und damit wichtige Beiträge geleistet werden für diese Fixkosten.

Der bisherige Staatsbeitrag ist strukturell zu tief. Das ist mindestens seit vier Jahren klar. Schon damals, das war noch vor Covid, hat der Regierungsrat Ihnen beantragt, den Staatsbeitrag von 500’000 auf 860’000 Franken zu erhöhen. Das war schon vor vier Jahren die Feststellung, dass eine strukturelle Unterdeckung da ist. Mitten in der damaligen Kommissionsdiskussion, ich war damals noch Mitglied der WAK, brach die Covidkrise aus. Man hat deshalb diese Diskussion um diesen Entscheid über die notwendige Erhöhung des Strukturbeitrags ausgesetzt. Man hat den alten oder ganz leicht um die Mehrwertsteuer erhöhten Betrag genehmigt für zwei Jahre und stattdessen ein Darlehen von 2 Millionen Franken gewährt im Wissen, dass der Staatsbeitrag niemals ausreichen wird im Covid, im Wissen, dass das zu Lasten des Darlehens gehen wird. Zwei Jahre später, als wir den geschrieben haben, war noch mitten in der Covidkrise, sie war noch nicht vorbei, hat man aus diesem Grund entschieden, dass man diese Übergangszeit um weitere zwei Jahre verlängert mit dem alten zu tiefen Staatsbeitrag und wieder mit einem Darlehen von 1,8 Millionen Franken im Wissen, dass auch dort der Staatsbeitrag nicht reichen wird, dass ein Kapitalverzehr stattfinden wird.

Wir haben aber diese Zeit genutzt und wir haben die Aufträge, die Vorlagen erfüllt. Das heisst, erstens, wir haben den Strategieprozess durchgeführt, die sind auch durchgeführt mit externer kritischer Unterstützung, mit Expertise von anderen Verkehrsbetrieben in unserem Land. Diese Strategie, sie liegt vor, sie ist Grundlage dieses Staatsbeitrags, den wir Ihnen beantragen.

Es wurde schon zusammengefasst von dem Mehrheitssprecher, was die wichtigsten Strategiepunkte sind. Es soll von drei auf zwei Schiffe reduziert werden. Das heisst, wenn das Basler Dybli die nächste grössere Reparatur hat, dann wird die nicht vollzogen und es wird kein neues Schiff für das Basler Dybli geben. Das ist ein relativ starker Einschnitt, weil ich weiss, dass die Menschen das Basler Dybli schätzen in unserer Stadt. Aber das Basler Dybli wird nicht ersetzt werden, um einen Beitrag zu leisten, diese Fixkosten, die Grundfixkosten zu reduzieren.

Es wurde auch entschieden, dass die Schiffe länger in Betrieb sein sollen. Das letzte Mal ging man noch davon aus, dass die Christoph Merian relativ schnell ersetzt werden soll, das ist aufgeschoben, wir schieben das auf. Das hat zur Folge, dass das Kantonsbudget entlastet wird, weil die neue Beschaffung des Schiffes nicht kommt und die entsprechenden Abschreibungen im Kantonsbudget laufen. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass die Kosten der BPG steigen, weil ältere Schiffe sind dann teurer. Sie haben mehr Unterhalts- und Instandhaltungskosten und mehr Ausfälle. Das ist einfach so, aber sie sparen dafür die Kosten der Neubeschaffung. Aber das spart nicht die BPG, sondern das spart der Kanton bei unserem Finanzierungskonstrukt, das wir haben in diesem Bereich. Also die Neuanschaffung wird auch aufgeschoben und wir hoffen dann, wenn die Christoph Merian ersetzt werden muss, dass wir dann auch auf ein erneuerbar angetriebenes Schiff umstellen können. Auch dann wird diskutiert werden wieder hier drin, was das richtige, auch die richtige Funktionalität und Grösse dieses zweiten Schiffes ist.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Strategie ist die Kostendämpfungssenkung in gewissen Bereichen. Das soll vor allem realisiert werden, indem Synergien genutzt werden. In der Buchhaltung wurde das bereits umgesetzt, in der Nautik ist die BPG dran und in der Gastronomie ist es Grossteils auch schon umgesetzt. Dort geht es darum, mit lokalem Gewerbe oder mit grundsätzlich Gastronomiegewerbe zusammenzuarbeiten und die Fertigungsstufen zu verschieben, Synergien zu nutzen. Weil grundsätzlich ist die Gesellschaft eigentlich zu klein für ganz viele Aufgaben. Deshalb machen Synergien Sinn, die die BPG auch ganz konsequent jetzt sucht. Sie sehen, das ist die Strategieneuaufstellung, die wurde gemacht, ich habe bis anhin auch nicht viel gehört, dass das nicht okay wäre. Das ist der Weg, den die BPG gehen wird in der Zukunft.

Dann sprechen wir von der Kostenträgerrechnung. Die Kostenträgerrechnung, sie liegt vor. Sie liegt vor auf den einzelnen Produkten und sie liegt vor dem Deckungsgrad 1. Das ist ein guter Deckungsgrad, um zu sehen, wo die Erträge erwirtschaftet werden, wo die Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden. Und jetzt lassen Sie mich schon auch noch vergleichen mit anderen Staatsbeiträgen oder anderen Staatsbetrieben. Ich habe noch nie hier drin eine Diskussion um Kostenträgerrechnung auf Stufe 4 gehört und da spreche ich von Institutionen, die deutlich grösser sind und die deutlich mehr Steuergelder erhalten, deutlich auch Mischfinanzierungen haben zwischen marktwirtschaftlichen und steuerfinanzierten Bereichen.

Ich habe noch nie so eine Detailtiefe gehört oder diese Erwartung ausgesprochen von diesem hohen Hause und deshalb habe ich schon stückweise Mühe, weshalb hier bei diesem relativ nicht so grossen Staatsbetrieb und Staatsbeitrag eine so grosse Detailtiefe jetzt zu einem so entscheidenden Punkt Ihres heutigen Entscheides hochstilisiert wird. Man kann das gerne diskutieren, mache ich auch sehr gerne mit der WAK, ob die Erkenntnisgewinne wirklich so gross sind, dass sich das lohnt, bin ich gerne bereit, aber es liegt eine Kostenträgerrechnung vor.

Wir haben auch mit dieser Strategieüberprüfung den notwendigen Staatsbetrag sorgfältig überprüft. Dieser orientiert sich an einer effizienten Betriebsführung und beim Aufrechterhalten der öffentlichen Rundfahrten. Die Steigung, sie ist notwendig, ich weiss auch nicht, ob das wirklich in Frage gestellt ist, ob die notwendig ist oder nicht, aber sie ist notwendig. Dies aufgrund, das habe ich schon erwähnt, der älteren Schiffe, die höhere Instandhaltungs- und Unterhaltskosten verursachen, dies aber auch aufgrund von höheren Kosten im Bereich des Personals oder im Bereich der Energie.

Wo wir die Kritik teilen, ist bei dem Jahresergebnis 2023. Da sind Fehler passiert, das ist so. Es wurde aufgrund der guten 2022-Zahlen dann mit zu hohen Umsätzen gerechnet und geplant und dadurch wurde zu viel festes Personal eingestellt. Das hat sich dann nicht verwirklicht, auch aufgrund des Hochwassers im Spätherbst und der so wichtigen Adventszeit. Im Nachhinein betrachtet war das falsch, aber wir wissen auch im Nachhinein, die Annahmen zu verifizieren, ist einfacher, als wenn man das in die Zukunft machen muss. Die BPG hat diesen Fehler erkannt und auch die notwendigen Massnahmen ergriffen. Wenn wir auf das jetzige Jahr schauen, auf das 2024, auf die ersten fünf Monate, wo wir die Zahlen haben, da konnte der Ertrag um 19 Prozent gesteigert werden und das gleichzeitig bei tiefem Aufwand aufgrund der Massnahmen im Bereich des Personals und des Einkaufsmanagement. Die BPG ist hier auf dem richtigen Weg.

Was wir auch gesagt haben, ist, dass sofern der Grosse Rat die notwendige Erhöhung des Staatsbeitrages beschliesst, der Regierungsrat den Verwaltungsrat nach diesem Parlamentsentscheid neu besetzen wird. Ja, es war uns wichtig, dass dieser Strategieprozess zuerst stattfindet und dass die korrekte Ausfinanzierung des Staatsbeitrags zuerst erfolgt und wir dann diese Verantwortung der Umsetzung dem neuen Verwaltungsrat übertragen. Wir richten dann die Steuerung konsequent nach dem Public Corporate Governance-Richtlinien aus, das heisst, es wird kein Kantonsvertreter mehr im BPG-Verwaltungsrat drin sein.

Deshalb beantragen wir Ihnen, dem Regierungsantrag und der WAK-Mehrheit zu folgen und diesen Staatsbeitrag auf dieser richtigen notwendigen Höhe festzulegen. Wenn Sie heute beschliessen, die Unterfinanzierung weiter beizubehalten, die Zeit des Betrags zu reduzieren, das macht es dann einfach sehr schwierig, diesen neuen Verwaltungsrat zu finden und einzusetzen. Deshalb wäre ich froh, wenn Sie das nicht tun würden.

Die WAK-Minderheit, so wie der Antrag vorliegt auf dem Tisch, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, wird daran nicht festgehalten, deshalb muss ich hier nicht in die Tiefe eingehen, wäre ein sehr grosses Problem für die BPG. Es würde zu einer Zahlungsunfähigkeit führen, es würde zu einer Überschuldung führen, die entsprechenden Massnahmen müssten ergriffen werden und wenn die nicht möglich sind, dann müsste der Konkursrichter informiert werden. Ich glaube, das will

wirklich niemand hier drin und deshalb bin ich froh, dass die WAK-Minderheit nicht an diesem Antrag festhält, sondern jetzt den Antrag von Franz-Xaver Leonhardt unterstützt.

Bei den Anträgen, die vorlagen, die haben sich ja auch geändert in den letzten Tagen. Da kann ich den Wunsch nachvollziehen, dass man die Dauer reduzieren möchte. Das gäbe und gibt Ihnen die Möglichkeit, früher wieder zu überprüfen, ob dieser Neuorientierungsprozess der BPG funktioniert, ob der neue Verwaltungsrat seine Aufgabe wahrnimmt, ob er die richtigen Entscheide gefällt hat, das kann ich gut verstehen.

Was ich nicht verstehe, ist, dass Sie weiterhin diese Firma in der Unterfinanzierung lassen wollen. Wir wissen alle seit vier Jahren, dass die Firma unterfinanziert ist und wir können das jetzt so lassen und in zwei Jahren uns wieder darüber nerven, dass diese Gesellschaft Defizite produziert und Kapital verbraucht, aber das ist genau die Konsequenz, wenn hier der Grosse Rat heute entscheidet, dass die Unterfinanzierung beibehalten werden soll. Ich glaube einfach nicht, dass das ein gutes und ein faires Vorgehen ist gegenüber dieser BPG. Wir wissen, dass diese 500’000 nicht reichen für diese Leistungen, für die hohen Fixkosten, die die Flussschifffahrt verursacht. Deshalb wäre ich froh, wenn hier der Grosse Rat die notwendige Finanzierung der Staatsbeiträge beschliessen würde. Wie gesagt, eine Reduktion der Zeitdauer kann ich gut nachvollziehen und dass das auch Sinn macht und Ihnen mehr Sicherheit gibt und Ihnen mehr Kontrolle über das weitere Vorgehen.

Ich komme zum Schluss. Die BPG, sie ist wichtig für uns alle, sie ist wichtig für die Menschen, diese Bevölkerung, sie können damit unseren Rhein erleben, das soll erhalten bleiben. Wir möchten, dass die BPG das mit einer fairen Finanzierung in Zukunft machen kann mit einem klaren Auftrag. Dieser Betrag orientiert sich ja auch nicht an dem Jahr 2023, sondern an der Planerfolgsrechnung, die wir im Strategieprozess entwickelt haben, und ich möchte Sie bitten im Interesse des Erlebnis Rheines, der Tourismusdestination Basel und der BPG und ihren Mitarbeitern, heute die Höhe des beantragten Staatsbeitrags zu sprechen und die notwendige Bilanzsanierung zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und hier hat sich Annina von Falkenstein für die LDP gemeldet.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir als WAK-Mitglieder hatten die Aufgabe, den Ratschlag des Regierungsrats zur nächsten Staatsbeitragsperiode der BPG zu beraten. In diesem Zuge gehört eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ratschlag zur Standardvorgehensweise. Unsere Aufgabe war die Prüfung dieses Geschäfts und nicht der Vergleich mit oder die Orientierung an Betrieben aus anderen Branchen, die ebenfalls Staatsbeiträge erhalten.

Im Verlauf der Behandlung dieses Geschäfts konnten wiederholt verschiedene Fragen, die für eine betriebswirtschaftlich weitsichtige Führung massgeblich sind, nicht nur unzureichend oder erst auf wiederholte Nachfrage beantwortet werden. Das trifft auf die diversen Vertreter seitens WSU und BPG zu, die wir in den Hearings empfangen durften. Parallel dazu wurden in diesem Rahmen verschiedene Führungsfehlentscheide mit gravierenden finanziellen Folgen und weitere Unzulänglichkeiten entdeckt. Dies verunsichert. Hier zwei von einigen Beispielen.

Erstes Beispiel: Das Kostenbudget 2023 wurde in mehrerlei Hinsicht überschritten. Dies konnte leider auch das leichte Übertreffen des Umsatzbudgets nicht wettmachen. Die Ursachen der Kostenüberschreitungen gehen mehrheitlich auf Führungsfehler und zu wenig Abschätzung der Folgen der getroffenen Entscheide zurück. Hierfür sind neben dem Geschäftsleitungsgremium der BPG ebenso der Verwaltungsrat als auch die Vertretung seitens WSU verantwortlich zu machen.

Zweites Beispiel: Die BPG steht als Arbeitgeberin in gastronomischer Hinsicht bereits heute sehr attraktiv da. Ihre Arbeitsverhältnisse gehen über die Rahmenbedingungen des entsprechenden Gesamtarbeitsvertrags hinaus. Dass dort viel gemacht wird, ist sehr erfreulich. Dass hingegen die entsprechenden Massnahmen nicht im regierungsrätlichen Ratschlag genannt werden und die Forderung nach weiteren Fortschritten mehrfach enthalten ist, ist unsorgfältig und irreführend. Der Staatsbeitrag sollte dorthin fliessen, wo die Kosten strukturell nicht selbsttragend gedeckt werden können, also vor allem im Bereich der Nautik. Ansonsten konkurrenzieren wir mit Steuergeldern andere gastronomische Angebote, die in der Privatwirtschaft anzutreffen sind.

Diese und weitere Situationen erwecken gesamthaft den Eindruck, dass die Staatsbeiträge relativ undurchdacht und abweichend vom zugrundeliegenden Budget eingesetzt wurden.

Den Blick in die Zukunft der BPG soll der Businessplan mit der Planerfolgsrechnung als Herzstück des Ratschlags schärfen. Dieser ist sehr optimistisch. So optimistisch, dass keine Teuerung einbezogen ist und auch sonst von gleichbleibenden Konditionen über mehrere Jahre ausgegangen wird. In Anbetracht der Historie der BPG und den in jüngster Vergangenheit begangenen Führungsfehlentscheiden fehlt aktuell die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Führungskompetenz und die Zusammenarbeit mit dem WSU, mit dem Verwaltungsrat und dem Geschäftsleitungsgremium, um den Betriebsbeitrag gemäss diesem Businessplan und der Planerfolgsrechnung um 46 Prozent zu erhöhen und dann auch gleich für fünf Jahre zu sprechen.

Was der Regierungsrat und die WAK-Mehrheit beantragen, ist einer langen Führungsleine gleichzusetzen. In kritischen Situationen die Leine lang zu lassen, bedarf grosser Sicherheit in die Kompetenz und Versiertheit des Leitungsgremiums. Genau dies fehlt aber aktuell. Und auch wenn es sich verglichen zu anderen Geschäften um einen vergleichsweisen kleinen Betrag handelt, ist es wichtig, dass wir die Steuergelder nicht blindlings in guter Hoffnung auf Probleme werfen, in der Hoffnung, diese so verkleinern zu können. Genau deshalb ist die lange Leine hier fehl am Platz.

Der Vorschlag der WAK-Minderheit sieht darum vor, den bisherigen Betriebsbeitrag für ein weiteres Jahr zu sprechen. Dies erlaubt es dem Regierungsrat, bei Verzögerung der Beschlussfassung für die Folgeperiode den Betrag basierend auf dem Staatsbeitragsgesetz für ein weiteres Jahr eigenständig zu sprechen. Dies macht es der BPG möglich, in kleinen Schritten aufzuzeigen, wie die Resultate des von der WAK angeregten Strategieprozesses umgesetzt werden. So kann die Glaubhaftigkeit langsam wieder erlangt werden und hoffentlich durch die Rückkehr zur regulären Staatsbeitragsperiode honoriert werden.

Leider droht der BPG allerdings durch den Minderheitsvorschlag einen Liquiditätsengpass, sofern vorhergesehene Faktoren eintreten. Deswegen sollte neben dem Erlass des Darlehens von 1,8 Millionen Franken das Aktienkapital erhöht werden. Das wiederum sieht der vorliegende Änderungsantrag neben der Verlängerung des Minderheitsvorschlags um ein weiteres Jahr so vor. Aus diesem Grund bitten wir Sie, statt dem Minderheitsantrag zu folgen, für den Änderungsvorschlag zu stimmen.

Zum Änderungsvorschlag noch ein, zwei Worte. Es wäre künftig sehr wünschenswert, wenn unter Wahrung des Kommissionsgeheimnis die Kommissionsmitglieder ihre Fraktionen abholen könnten. Wenn Einzelmasken ohne Vorkenntnisse der Kommissionsberatung und ohne Akteneinsicht ihren Interessensbindungen statt ihren Kommissionsmitgliedern folgen, dies notabene in diesem Fall noch in der leitenden Funktion einer bürgerlichen Partei und anscheinend auch in Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Regierungsrat, der nicht aus einer bürgerlichen Partei kommt, wird die bürgerliche Zusammenarbeit mitsamt der GLP geschwächt. Das ist schade und der gemeinsamen Sache grundsätzlich nicht dienlich. Auch wenn wir hier nun einen guten Kompromiss im Sinne einer gesicherten Zukunft für die BPG haben, bitte in Zukunft so nicht.

Damit es bald wieder richtig Leinen los für die BPG heissen kann, bitte ich Sie, dem Interesse der überarbeiteten kurzen Leine und somit dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Das Grün-Alternative Bündnis ist Teil der Kommissionsmehrheit und unterstützt demnach auch den Staatsbeitrag bis 2028. Ich bin zwar noch nicht sehr lange in der WAK, aber mir ist in dieser Zeit die BPG nicht nur einmal begegnet. Es ist unübersehbar, in den letzten Jahren befand sich die Basler Personenschifffahrt auf einem schlingernden finanziellen Kurs. Die Corona-Jahre, strategische Fehlentscheide, Arbeitskräftemangel und hohe Unterhaltskosten für die Schiffsflotte setzten der BPG zu. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nun auch klar, ohne Staatsbeiträge wäre die BPG nicht mehr auf dem Rhein unterwegs.

Die Kommission hat in den vergangenen Jahren mehrfach eine Strategieplanung der BPG gefordert. Nun liegt diese vor. Als Grün-Alternatives Bündnis begrüssen wir die Schritte, die die BPG umsetzen will. Die 2-Schiffstrategie beispielsweise erscheint uns sinnvoll, auch wenn der geplante Verkauf des historischen Basler Dybli viele von uns sehr bedauern, damit verlässt ein identitätsstiftendes Schiff den Rhein. Die strategischen Anpassungen waren auch dringend nötig. Auch wir vom GAB haben mit Sorge zur Kenntnis genommen, wie in der Vergangenheit der BPG mehrfach betriebswirtschaftliche Fehler unterlaufen sind. Das ist keine einfache Ausgangslage und darum sind wir froh, gehört zur Strategie auch die Neubesetzung des Verwaltungsrats. Das ermöglicht einen Neustart.

Nun stehen wir als WAK vor der Ausgangslage, dass leider kein Kompromiss zustande gekommen ist, und mit grosser Sorge sehen wir, dass der Minderheitenantrag, aber auch der Änderungsantrag von Franz-Xaver Leonhardt das Fortbestehen der BPG existenziell bedroht. Die Kommissionsminderheit sagt, sie stelle die Daseinsberechtigung der Gesellschaft keineswegs in Frage. Effektiv wollte sie aber den Staatsbeitrag bis gestern Abend noch gerade nur bis Dezember 2024 laufen lassen. Nun ist sie quasi über Nacht auf eine Schmalspurvariante bis 2025 eingegangen, aber auch da, der BPG wird damit eine langfristige Planung und Neuaufstellung praktisch verunmöglicht.

Wir müssen ganz ehrlich sein, ein Angebot wie das der BPG kann auf dem freien Markt nicht bestehen. Wir haben jetzt auch schon von Pascal Pfister gehört, keine Schifffahrtsgesellschaft in der Schweiz funktioniert eigenwirtschaftlich und genau darum wird ja dieses Angebot auch vom Kanton mittels Staatsbeiträgen unterstützt. Die BPG deckt mit 87 Prozent bereits einen grossen Teil ihrer Kosten am Markt und das trotz ihrer beträchtlichen Unterhaltungskosten. Die Kommissionsminderheit verlangt nun, dass beispielsweise Kosten für Lohnerhöhungen des Personals über die Tickets und die Gastronomie finanziert werden sollen. Das zeigt genau, dass unsere Vorstellung, was die BPG eigentlich leisten soll, diametral gegensätzlich zur Kommissionsminderheit steht. Das zeigt sich besonders in zwei Aspekten:

Zum einen, wir möchten keine BPG, die marktorientierte Ticketpreise anbietet. Dann befänden wir uns langfristig nämlich im Luxussegment. Wir kritisieren dahingehend auch, die strategische Tendenz auf dynamische Preismodelle zu setzen. Wir möchten stattdessen eine BPG, auf deren Schiffen die Preise erschwinglich bleiben für Familien, die einen tollen Sommerausflug in den Sommerferien machen wollen, erschwinglich bleiben für Familien, die sich eher eine Portion Pommes Frites auf Deck leisten können als ein 3-Gang-Menü. Und aufgrund der Teuerung wurden die Ticketpreise für eine einfache Rundfahrt auf dem Rhein bereits von 9 Franken auf 14 Franken angehoben. Damit befinden sich die Preise aus unserer Sicht bereits am oberen Rand, um die Rheinschifffahrt für alle zu ermöglichen.

Zum zweiten finden wir es gefährlich, wie die Kommissionsminderheit die Löhne des BPG-Personals unter Druck setzt. Die BPG operiert in zwei Bereichen, die Nautik und die Gastronomie, die beide stark von Fachkräftemangel betroffen sind und deren Löhne bereits heute tief sind. Dass die BPG als staatsnaher Betrieb attraktive und angemessene Arbeitsplätze schaffen will, ist aus unserer Sicht richtig und wichtig. Bei geplanten Mehrausgaben von Weiterbildungen von 30’000 Franken pro Jahr auf ungefähr 60 Mitarbeitende kann wirklich nicht von vermessenem Benefiz gesprochen werden.

Kurzum, der Antrag der Kommissionsminderheit und auch der Änderungsantrag verhindern substanzielle Investitionen, ohne die ein nachhaltiges Weiterbestehen der BPG schwierig wird. Und auch wenn alle beteuern, dass es dazu nie kommen wird, mit diesem Antrag laufen wir Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten oder die BPG den Bach runter zu schicken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Rhein weiter zusammen mit der BPG beschiffen und diesen Fluss, der unserer Stadt so viel Identität schenkt, für die lokale Bevölkerung und den Tourismus erlebbar machen. Dieses Angebot ist dem Kanton schon lange das Geld wert und wir vom GAB sind überzeugt, dass dies auch in Zukunft so bleiben soll. Deshalb bitten wir Sie, der BPG ein Mindestmass an Unterstützung zuzusprechen und die Unterstützung der BPG für die Jahre bis 2028 anzunehmen, damit wir heute nicht anfangen, Schiffe versenken zu spielen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Schifffahrt hat in unserer Stadt Tradition, das ist auch nichts Neues, das haben wir schon gehört. So auch die lokale Passagierschifffahrt ein bedeutender und nicht wegzudenkender Player ist, die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft, die BPG. Das Angebot von Ausflugs- und Charterfahrten ist beliebt und wird vielseitig genutzt. Es soll also alles darangesetzt werden, dass dieses Angebot nicht verschwindet. Mit dem vorliegenden Ratschlag für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung sollen die Mittel für die Periode 2024 bis 2028 bewilligt werden.

Die Kommissionsberatung, man hat schon viel gehört von den Vorrednern, war umfassend. Das WSU und die Geschäftsleitung der BPG präsentierten mehrmals Strategien und Zahlen und standen zur Klärung von Fragen zur Verfügung. Da mal besten Dank dafür. Einzelne Fragen konnten nicht restlos geklärt werden bzw. die präsentierten Inhalte waren für einen Teil der Kommission nicht überzeugend genug. So steht man nun vor dem Entscheid, dem Vorschlag der Regierung zu folgen, alle Augen zuzudrücken und zu hoffen, dass es dann schon besser werden möge, oder man möchte das Unternehmen sicher und langfristig auf eine gesunde Basis stellen. Hierfür sind sofortige Massnahmen erforderlich und das Konstrukt der Gesellschaft bzw. die Führungsstruktur muss entflochten werden. Diese Ziele wurden ja auch schon genannt.

Es ist mir bewusst, und das wurde so auch erläutert, die BPG bewegt sich in zwei sehr anspruchsvollen Branchen, wie auch die Vorrednerin gesagt hat, welche jeweils von externen Faktoren abhängig sind. Der nautische bzw. der touristische Teil unterliegt äusseren Einflüssen, vor allem Witterung, und der gastronomische Teil wird oft unterschätzt, grundsätzlich Bedarfsmitarbeiter*innen, welche sich mit den Spezialitäten der Location, nämlich des Schiffs, zurechtfinden. Es ist auch eine Herausforderung, in der margenschwachen Gastronomie überhaupt kostendeckend zu arbeiten. Da man aber grundsätzlich die Gastronomie nicht mit Staatsbeiträgen unterstützen möchte, ist eine scharfe Kalkulation und die Differenzierung notwendig. Auf diesen Punkt weist ja der Bericht der Minderheit hin und das ist auch richtig so.

Ich bin überzeugt, dass alle daran interessiert sind, dass die BPG am Rheinknie gesund mit zwei Schiffen oder vielleicht auch mehr erhalten bleibt. Das Vertrauen in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung konnte nicht in dem Masse hergestellt werden, dass man darüber hinwegsehen kann, dass im Jahr 2023 ein grosses Defizit geschrieben wurde. Wir wollen das Überleben der Gesellschaft sicherstellen, wenn auch mit minimalen Mitteln zur Sicherung soll eine mögliche Überschuldung durch den Erlass des Darlehens verhindert werden.

Die Motivation der Fraktion GLP ist nicht eine Versenkung der BPG. Ganz im Gegenteil soll mit dem erzeugten Druck darauf hingewirkt werden, umgehend die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um griffige Massnahmen ergreifen zu können, beispielsweise die Neubesetzung des Verwaltungsrats. Hierbei ist auch wichtig, dass die Strategien für eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens überprüft und angepasst werden. Wichtig ist hierbei auch eine konsequente Kostentransparenz in Form einer detaillierten Kostenträgerrechnung.

Es ist bedauerlicherweise der Kommission nicht gelungen, einen tragfähigen Kompromiss zu erzielen, was ich sehr bedaure. So dass lediglich die Möglichkeit verbleibt, entweder eine Carte blanche bis ins Jahr 2028 zu erteilen, mit der Befürchtung, dass sich bis dahin nicht viel geändert hat, oder eben einen verbindlichen und engeren Rahmen zu fordern, um später dann erhöhte Mittel zu sprechen. Es müsste auch möglich sein, innerhalb von eineinhalb Jahren, wie der erwähnte Änderungsantrag vorsieht, Grundlagen zu schaffen, welche die BPG in eine sichere Zukunft führt. In den vergangenen Tagen wurden zahlreiche Gespräche geführt, haben wir auch schon gehört, also nicht nur über Nacht, sondern es geht schon länger so, da die Forderung der Minderheit dazu führen würde, dass die BPG die Bilanz relativ rasch deponieren müsste.

Im Austausch mit Verantwortlichen des WSU wurde erläutert, dass sich die BPG mit dem Änderungsantrag durchaus über Wasser halten könne, sofern keine ausserordentlichen Risiken eintreten. Für diese Situation stellt die Minderheit in Aussicht, dass in einer derartigen Notsituation eine sofortige Hilfe unterstützt werde, man möchte jedoch nicht die Mittel für einen Notfall bereits jetzt schon zur Verfügung stellen.

Unter diesen Voraussetzungen, und nicht eine Carte blanche mit wenig verbindlichen Massnahmen bis ins Jahr 2028 zu erteilen, unterstützt die Fraktion der Grünliberalen grundsätzlich den Vorschlag der Kommissionsminderheit. Sie kann sich aber auch dem neu formulierten und intensiv verhandelten Änderungsantrag anschliessen. Es ist zumindest eine verbesserte Variante des Vorschlags der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Zunächst möchte ich Ihnen danken für die Bereitschaft, die Beratung dieses Geschäftes von gestern auf heute zu verschieben. Das hat uns Gelegenheit gegeben, die diversen Anträge zu bereinigen, die gestern noch kurzfristig zur Diskussion gestellt wurden. Wenn wir nun heute zwischen dem Antrag der Mehrheit und dem nun vorliegenden Antrag von Franz-Xaver Leonhardt entscheiden müssen, sollten wir uns im Wesentlichen auf vier Fragen konzentrieren.

Erste Frage: Soll die BPG auch in Zukunft bestehen? Ja, natürlich soll sie das, das ist, soweit ich überblicken kann, weitgehend unbestritten und darum ist ja auch die Minderheit bereit, auf diesen vorliegenden Änderungsantrag einzusteigen, um die Liquidität dieser Gesellschaft sicherstellen zu können. Die BPG bietet ein breit geschätztes und in der Bevölkerung verankertes Angebot, dessen wir uns auch in Zukunft freuen wollen.

Zweite Frage: Sind wir der Ansicht, bei der BPG muss sich etwas ändern? Ja, wir als Minderheit sind der Ansicht, dass es in diesem Betrieb Veränderungen braucht. Lorenz Amiet und auch die Kolleg*innen Annina von Falkenstein und Niggi Rechsteiner haben das sehr gut und präzise und auch mit konkreten Beispielen ausgeführt, wo die Probleme liegen, wo Fehler passiert sind und was wir für die Zukunft erwarten. Ich brauche das nicht nochmals zu wiederholen.

Diese Erwartungen können niemanden überraschen nach der Geschichte dieser Gesellschaft und der Geschäfte in den vergangenen Jahren. Bereits im Bericht der WAK von 2020 und im Bericht der WAK von 2022, damals noch geschlossen, nicht in Mehrheit und Minderheit aufgeteilt, wurde gefordert, dass es eine strategische Neuausrichtung der BPG braucht. Ich zitiere aus dem WAK-Bericht von 2020: In der Diskussion zeigte sich, dass die WAK eine Klärung dieser Punkte, gemeint ist vor allem die strategische Neuausrichtung, vor einer Subventionserhöhung und Verlängerung der Subventionsperiode geklärt haben möchte. Zitat aus dem WAK-Bericht 2022 unter dem Titel «Fehlende strategische Festlegungen».

Auch wenn der Weiterbetrieb der BPG nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, so war die Kommission dennoch unzufrieden, dass die grundsätzlichen strategischen Fragen zur künftigen Ausrichtung des Unternehmens seit dem letzten Antrag an den Grossen Rat vom Januar 2020 nicht weiterbearbeitet wurden, obwohl dies ursprünglich für das Jahr 2021 in Aussicht gestellt worden war. Und wenn Sie jetzt den aktuellen WAK-Bericht lesen, dann stellen Sie fest, dass hier die Tonalität der Kritik über die Berichte quasi im Zweijahresrhythmus zunimmt, der Ton wird kritischer. Jetzt haben wir 2024 und stellen fest, das verbindlich vereinbart war, dass die Kommission im November 2022 über den Stand der Arbeiten bezüglich strategische Neuausrichtung hätte informiert werden sollen. Passiert ist das erst im März 2023, ein weiteres gebrochenes Versprechen. Immerhin, und das kann man positiv attestieren, liegt nun eine Strategie vor, doch das Vertrauensproblem, das bleibt.

Deshalb die dritte Frage: Braucht es mehr als nur diese strategische Neuausrichtung? Auch hier unsere Antwort, ja. Es ist positiv zu würdigen nochmals, dass dieser Strategieprozess durchgeführt wurde, der zu einer strategischen Neuausrichtung geführt hat. Aufgrund der fehlenden Vertrauensbasis haben wir in der Kommission aber ungewöhnlich tief in das Unternehmen reingeschaut. Das ist so, das ist sehr ungewöhnlich, was wir getan haben. Wir haben sicher auch ungewöhnlich viele Fragen gestellt und mehr Zahlen verlangt, als das sonst üblich ist, aber diese ungewohnte Detailtiefe hat eben genau mit dem fehlenden Vertrauen zu tun. Ich habe das beispielsweise in der BKK beim Sportmuseum auch schon erlebt.

Nun, bei all diesen Fragen, bei all diesen Analysen sind wir zum Schluss gekommen, und das ist eine Kernerkenntnis der Minderheit, dass es nicht nur eine strategische Neuausrichtung bedarf, sondern auch auf operativer Ebene dringend mehr betriebswirtschaftliche Kompetenzen notwendig sind. Beispielhaft lässt sich dies am Businessplan aufzeigen, den wir Ihnen im Bericht der Kommissionsminderheit bewusst abgedruckt haben. Ist es realistisch, dass der Aufwand für Personal, für Material und Waren in den kommenden rund zehn Jahren unverändert bleibt? Keine Teuerung, keine Preisentwicklung, nichts. Das ist das, was uns vorgelegt wurde, keine Lohnerhöhung, nichts, die Kosten immer gleich, der Aufwand immer gleich. Man muss wahrlich kein Kaufmann sein, um zu erkennen, dass dies wenig realistisch ist und die daraus folgenden Probleme bereits heute absehbar sind.

Und darum schliesslich die vierte Frage: Müssen wir als Parlament Druck machen, damit sich etwas ändert? Und auch hier die Antwort, ja. Es ist richtig, dass es nicht Aufgabe des Parlaments ist, die BPG operativ zu führen oder operative Entscheide zu treffen. Was jedoch unsere Aufgabe ist, ist verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umzugehen, sorgfältig hinzuschauen, was mit diesem Geld gemacht wird und Änderungen zu erzwingen, wenn wir der Ansicht sind, dass nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen wird. Das ist der Hebel, den wir hier drin haben. Die Budgetkompetenz, die Entscheidkompetenz, die Entscheidhoheit darüber, das nötige Geld zu sprechen, das ist unser Hebel. Und wir sind klar der Meinung, dass jetzt der Moment gekommen ist, um die gewünschten Veränderungen zu erzwingen.

Wir meinen, dass man alle vier Fragen, die ich gestellt habe, mit einem deutlichen Ja beantworten muss und wenn man das tut, muss man nicht der Mehrheit, sondern dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zustimmen. Die Konsequenz daraus ist, dass wir die BPG an der kurzen Leine halten. Ich habe in der Vorbereitung offensichtlich die gleiche Metapher gewählt wie Kollegin Annina von Falkenstein, diese Leine, die soll lang genug sein, dass ihr wirtschaftliches Überleben sichergestellt ist, aber kurz genug, dass wir sicherstellen können, dass es zu den geforderten Veränderungen kommt.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, stimmen Sie dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Wir haben jetzt schon oft gehört, dass der Rhein zu Basel gehört, die Schiffe, die ihn befahren, zur Stadt gehören, ich würde noch sagen, die BPG, sie ist eine Visitenkarte des Rheins und dieser Stadt und sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Stadtbildes. Das haben wir auch alles schon viel gehört. Wir haben auch viele Metaphern gehört zum Schifffahren, zu diesem Geschäft.

Lassen Sie mich fortfahren, was die bürgerliche, wahrscheinlich vielleicht nachher in diesem Saal, Mehrheit und jetzt vorher die WAK-Minderheit macht, ist, sie fährt munter mit viel Karacho auf Eisberge zu und wenn sie sie mal umfahren hat, dann macht sie neue. Was Sie die letzten eineinhalb Tage gemacht haben und dann gleichzeitig sagen, es gebe zu wenig betriebswirtschaftliches Wissen in der BPG, finde ich relativ mutig, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Mehrheit bzw. Minderheit. Sie wollten zuerst schon in der WAK einen Antrag machen, wo Sie dann Gott sei Dank noch darauf zurückgekommen sind, weil die Gesellschaft sonst Konkurs ginge oder die Bilanz hätte deponieren müssen, und jetzt sind Sie wieder darauf zurückgekommen. Es tut mir leid, aber ich komme nicht umhin, einfach festzustellen, dass es anscheinend schon lange nicht mehr um diese Gesellschaft insgesamt geht, sondern um ein spezifisches Problem und Vorstellung, wie Sie finden, die Gesellschaft aufgestellt werden sollte. Ich habe es schon ein bisschen irritierend gefunden, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Minderheit und Mehrheit jetzt nachher, sagen Sie doch ganz konkret, was Sie möchten an personeller Konsequenz. Nein, Luca Urgese, niemand hat es von Ihnen gesagt hier vorne am Rednerpult, sonst können Sie gerne das noch in einem Einzelvotum nachholen.

Ich bin jetzt fünfeinhalb Jahre in der WAK. Ich hatte dieses Geschäft auch drei Mal und es sind diverse Punkte gefordert worden von den frühen WAK-Zusammensetzungen, die geliefert wurden. Ich möchte jetzt auf ein paar Punkte eingehen, die vorher genannt wurden.

Die GLP hat im Rahmen der Musikvielfalt-Initiative gesagt, wenn man diese Initiative unterstütze, gefährde man die Arbeitsplätze beim Sinfonieorchester. Bei einer unformulierten Initiative, die noch die gesamte parlamentarische Beratung abwartet. Ich bin froh, Johannes Sieber ist zurück im Saal. Jetzt mit diesem Vorgehen hier gefährden Sie ganz konkret die Stabilität und Arbeitsplätze eines Unternehmens. Sie wissen seit vier Jahren, dass diese Gesellschaft unterfinanziert ist und Sie machen trotzdem diese Spielchen, ich kann es nicht anders nennen, weil sie eine andere personelle Vorstellung haben. Aber Sie haben auch eine strategische andere Vorstellung und da nehme ich die Frage von Luca Urgese auf, soll die BPG bestehen, und er hat es mit ja beantwortet. Die ehrliche Antwort ist aber, ja, aber nicht in dieser Form.

Kommen wir zur Quersubventionierung und zu den Staatsbeiträgen. Sie sagen, es darf keine Subventionierung geben von einer Charterfahrt. Sie klammern dabei aber auch relativ nobel aus, dass die Charterfahrten wiederum die Publikumsfahrten subventionieren. Lorenz Amiet war aber so ehrlich, Sie wollen eine Preiserhöhung bei den Charterfahrten, aber in letzter Konsequenz dann halt auch bei den Publikumsfahrten, nachdem es bereits eine Preiserhöhung gab. Also das ist nicht die

gleiche Form der BPG, das stimmt einfach nicht, da haben Sie eine andere Vorstellung. Und wenn Sie das auch noch so erzwingen wollen, dann ist das ihr gutes Recht, aber dann sollten Sie das auch so sagen.

Dann zu der Frage der Visitenkarte und den Basel Tourismus. Ich habe den Staatsbeitrag für Basel Tourismus auch mit Ihnen mitberaten. Da wollten Teile von Ihnen Anträge stellen, die jetzt ziemlich viel den Staatsbeitrag erhöhen, ohne Kostenträgerrechnung Stufe 4. Ich würde sagen, nicht mal Kostenträgerrechnung Stufe 1. Und in dem Kontext wollen Sie ein wichtiges Aushängeschild des Tourismus so unter Druck setzen, dass es eigentlich nicht wirklich wirtschaften kann.

Dann die Krokodilstränen, es sei kein Kompromiss möglich gewesen. Also da muss ich dem Kollegen der GLP jetzt schon mal sagen, das ist einfach nicht die Wahrheit. In der Kommissionsberatung wurde noch einmal die Frage gestellt, ob es anhand der Dauer der Beiträge da eine Möglichkeit gäbe. Es hat geheissen, es gibt keine Möglichkeit, okay, das ist Konsequenz, aber dann kommen Sie, und das passt ja schön, es schwimmt ja auch im Fluss, dann kommen Sie mir nicht mit Krokodilstränen an dieser Debatte dann. Entweder Sie stehen zu Ihrer Meinung oder nicht.

Ich habe auch herausgehört aus dem Votum von Annina von Falkenstein, dass es auch sehr stark darum geht, dass die Bürgerlichen jetzt Einheit zeigen müssen, dass das hier irgendwie, glaube ich, wichtiger ist als die sachpolitische Ebene. Das kann ich ja alles nachvollziehen, aber ich möchte einfach nochmal zusammenfassen. Wir reden über ein Unternehmen, das das Budget 87 Prozent am Markt erarbeitet. 87 Prozent, 13 Prozent kommt vom Staat und wir sind auf der operativen Ebene, dass wir die Kostenträgerrechnung Stufe 4 gerne möchten, weil wir nicht möchten, dass ein Cola eventuell zu einem Teil des Beitrages des Kantons subventioniert wird. Das ist die Ebene, auf die Sie sich bei diesem Geschäft begeben haben.

Und es sind ganz konkret Leute, die in diesem Betrieb arbeiten. Sie scheinen sehr unzufrieden mit der Geschäftsleitung, wir hatten auch Kritik, wir haben diese auch geäussert, wir haben sie auch eingefordert, aber Sie machen das jetzt, um der Geschäftsleitung Druck zu machen, setzen Sie die gesamte Gesellschaft unter Druck und Sie wissen, dass die Gesellschaft unterfinanziert ist. Und im letzten Moment haben Sie noch den Antrag reingetan, und es tut mir wirklich leid, aber ich habe, glaube ich, vier Versionen dieses Antrags gelesen, ich hoffe, es ist jetzt die definitive, aber es ist wirklich nicht seriös und dann stehen Sie hin und sagen, die Gesellschaft ist nicht seriös geführt. Das möchte ich jetzt einfach mal in diesem Raum so stehenlassen.

Ich hätte mit der Minderheit, da hätte ich gewusst, da sind die Fakten auf dem Tisch, anscheinend will man da wirklich grundsätzlich die BPG so nicht mehr haben, aber mit dem ganzen Theater jetzt, mit diesem Chaos und dann zu sagen, die Gesellschaft muss sich besser aufstellen, das besser im Griff haben, also da würde ich Ihnen schon ans Herz legen, schauen Sie doch, dass das nächstes Mal nicht wieder so passiert. Es sind ja immerhin auch Leute, die direkt von dem betroffen sind, was Sie heute hier drinnen entscheiden.

Dann noch zu guter finanzieller Basis, hat mein Vorredner von der GLP gesagt, Niggi Rechsteiner, nein, es ist eben keine gute finanzielle Basis, es ist eben unterfinanziert. Ich weiss nicht, wie ich Ihnen das so direkt noch erklären soll.

Dann zu den super Arbeitsbedingungen über GAV-Level. Annina von Falkenstein, wenn die BPG sich schon marktkonform verhalten muss, dann soll sie auch entsprechend sich positionieren, dass sie die Leute bekommt. Und ich weiss, ich werde jetzt nicht den L-GAV vorexerzieren, Sie kennen ihn auch, aber wir reden beim L-GAV nicht davon, dass wir da in Dimensionen unterwegs sind, wo die Leute gerade in dieser Situation einfach zuströmen. Da können Sie auf Gewerkschaftsseite wie auch auf der Arbeitgeberseite nachfragen. Also dort ein Bild zu zeichnen, dass es diesen Leuten bei der BPG so unglaublich gut geht, dass es da eigentlich ja fast um Dimensionen geht, wo man um Luxusprobleme redet, 30’000 Franken, meine Damen und Herren, 30’000 Franken waren pro Jahr für Verbesserungen im Arbeitsbereich eingestellt. 70 Leute arbeiten da, glaube ich, 30 FTE oder 35 FTE, das weiss ich jetzt nicht mehr aus dem Stand, und dann sagen Sie, das ist ja unglaublich, wie da für das Personal geschaut wird, das sind ja unglaublich tolle Bedingungen.

Und dann machen Sie das auch noch für die Nautik, wo sie einen unglaublichen Fachkräftemangel haben, wo sie auch enorme Bemühungen brauchen, damit sie die Leute halten können. Was wollen Sie eigentlich für ein Signal senden an diese Leute, an den Matrosen, der den Rhystärn festmacht, oder an den Kapitän, was ist eigentlich das Signal konkret?

Wir sind unzufrieden mit der Geschäftsleitung. Wir finden es schlecht, dass ein Teil ihres Menus subventioniert wird durch den Kantonsbeitrag. Es gab mediale Wortmeldungen von bürgerlichen Kommissionsmitgliedern, die gesagt haben, man könne noch mehr als 87 Prozent am Markt erarbeiten. Okay, also die Geschäfte, das ist das Problem. Wir brauchen 90 oder 92 Prozent am Markt erarbeiten, dann wären Sie dann zufrieden? Nein, wären Sie nicht, weil sie ja grundsätzlich eine andere Vorstellung haben, wie die BPG aufgestellt werden soll. Es ist keine Carte blanche, ich verwahre mich wirklich dagegen, es ist keine Carte blanche, wenn Sie dem WAK-Mehrheitsbericht und dem Ratschlag des Regierungsrats folgen, sondern Sie geben einer Gesellschaft, die in einer schwierigen Situation ist, eine echte Möglichkeit, die neue Strategie, die Sie gefordert haben und jetzt umgesetzt wird und zu der Sie angeblich die ganze Zeit so feststehen, auch wirklich umzusetzen.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der WAK-Mehrheit zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner, möchten Sie die Zwischenfrage von David Jenny beantworten?

David Jenny (FDP): Beda Baumgarten, können Sie zu meiner Beruhigung aufgrund der Ihnen verfügbaren Informationen ausschliessen, dass Cüplis für Champagnersozialist*innen auf diesen Schiffen nicht quersubventioniert werden?

Beda Baumgartner (SP): Ja, das traurige ist, David Jenny, dass es eigentlich ein seriöses Geschäft ist und Sie es jetzt halt ins lächerliche ziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht der mehrfach genannte Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nach diesem auch sehr emotionalen Votum ist es schwierig, hier weiterzufahren. Aber es ist lustig, es wurde mir ja vorgeworfen, ich sei hier als Redner, was haben Sie gesagt, David Jenny, beim Horburg, ich sei unverantwortungsvoll. Nein, Ivo Balmer hat gesagt, ich mache beste bürgerliche Politik, ich versuche jetzt hier, das zu machen.

«Z'Basel am mym Ryy, jo deert meecht y syy!» Unser bekanntes Lied. Im Moment kann man nicht im Rhein sein, sondern auf einem Schiff, weil es zu viel Hochwasser hat, wir alle schwimmen sehr gerne. Historisch war 1832 das Dampfschiff «Stadt Frankfurt» der Anfang des öffentlichen Verkehrs, nämlich eine Personenschifffahrt vor der Eisenbahn. Also seit 200 Jahren gibt es diese Form des Transports von Personen auf dem Rhein und ich glaube, auch die Diskussion, die wir hier führen und nachher die Abstimmung, die PBG wird nicht untergehen und ich bin sehr beruhigt, das zu wissen, weil 200 Jahre Gesellschaft ist eine lange Zeit.

Was mir gefehlt hat hier in dieser Diskussion, ist eigentlich, danke zu sagen den Mitarbeitenden auf diesen Schiffen, die diese Emotionen, die wir alle haben auf dem Wasser, ermöglichen. Ich danke auch, dass der sehr bescholtene Direktor der Schifffahrt hier oben sitzt und auch mit der Verwaltungsratspräsidentin hier unsere Debatte verfolgt und dann gespannt ist, was er morgen der Belegschaft sagt, ob sie weiter existieren oder nicht.

Ich muss schon sagen, der Minderheitsantrag, der war sehr hart. Er war hart, weil nur etwas wenig Geld bis Ende Jahr und auch nicht die kapitale Erhöhung. Ich glaube, die WAK-Minderheit hat jetzt eingesehen, dass das zu hart ist und ich habe versucht, hier einen Kompromiss zu machen. Und ja, Annina von Falkenstein, Sie haben recht, ich habe das zu wenig sorgfältig gemacht, darum gibt es auch drei verschiedene. Ich werde immer wie politerfahrener und werde mich verbessern.

Als Unternehmen kann ich Ihnen sagen, ich habe eine schwierige Zeit, aber viele tolle Zeit und vor vier Jahren in Covid hatte ich keine Liquidität mehr und das war der schwierigste Moment von meinem Unternehmen. Ich sage es Ihnen, das war schwierig, ich musste auch Mitarbeitende entlassen, weil wir die Löhne nicht bezahlen konnten, und dank dem Staat haben wir wieder Sauerstoff bekommen, nämlich frisches Geld und wir konnten das Unternehmen retten. Heute stehen wir gut da, auch nach einer erfolgreichen Art und ich hoffe auf besseres Wetter, dann geht es der Schifffahrt besser und auch unseren Terrassen geht es besser.

Die Argumentation, dass jetzt mein Änderungsantrag mit diesem Geld nicht reichen würde, ist jetzt auch klar, dass er reicht. Er ist aber knapp. Ich weiss, es ist knapp und er verpflichtet auch den Regierungsrat, in einem guten Jahr oder anderthalb Jahren mit einem neuen Ratschlag zu kommen, nämlich ein Ratschlag, der einen neuen Verwaltungsrat oder einen zusätzlichen unterstützenden Verwaltungsrat ohne Beteiligung von einem Departementsvertreter fordert, um diese Strategie, die scheinbar gut ist, noch besser im operativen Geschäft einzusetzen. Und ich glaube, und da bin ich halt Unternehmer, wenn man so einen Prozess macht und wir jetzt der WAK-Mehrheit zustimmen würden, der ist sehr komfortabel und ich glaube, ein Unternehmen, das von Anfang an komfortabel ausgestattet ist, ist zu wenig innovativ und zu wenig kreativ.

Ich glaube, wenn wir nachher in zwei Jahren wieder über einen weiteren Regierungsratsvorschlag diskutieren, dann können wir diese vielen Emotionen beiseitelassen. Ich glaube, die operative Leitung und die strategische Leitung werden gute Lösungen finden und diese Schifffahrt wieder in die nächste Generation führen mit zwei sehr schönen Schiffen und vielleicht noch mit einem Vaporetto. Das stimmen wir dann im September ab, das wäre ja auch etwas Gutes.

Und ich teile die Meinung, dass wenn man auf einem Schiff fährt mit einer Grossfamilie, die Kinder bezahlen müssen, das verstehe ich eigentlich nicht. Weil im normalen ÖV kann ich gratis mit meinen Kindern durch die ganze Schweiz fahren und auf der Passpersonenschifffahrt muss ich ein Zusatzbillett zahlen. Aber das sind operative Sachen, in die ich nicht reinrede, sondern das ist nur eine Idee. Ich werde auch nicht neuer Verwaltungsrat, weil das lässt sich nicht vereinbaren, aber es gibt fähige Leute, da bin ich überzeugt, dass Kaspar Sutter die finden wird in dieser knappen Zeit.

Ich wäre wirklich froh, wenn wir hier diesen Kompromissvorschlag unterstützen und ich glaube auch, auf jeder Seite, die verliert, wenn wir das machen, gibt es Gewinner, aber nicht alle sind dann unzufrieden. Aber wenn wir unzufriedene Gewinner haben, sind wir auch zufrieden.

In diesem Sinne empfehle ich, ich glaube, auch jetzt im Namen der Fraktion EVP/Mitte, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten. Joël Thüring hat sich gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich gehöre zu denjenigen, die vor vier Jahren zum Staatsbeitrag nein gesagt haben und ich habe auch vor zwei Jahren nein gesagt dazu und ich kann Ihnen auch sagen, weshalb das so ist. Ich komme mir bei der heutigen Diskussion, auch wenn ich den Bericht des Regierungsrates und auch den Mehrheitenbericht so lese und ich bleibe auch bei den Metaphern, ein wenig vor wie auf der Titanic. Oben auf dem Deck spielt die Musik, unten haben alle schon nasse Füsse und der Eisklotz ist bereits Teil des Schiffes, weil es bereits mit diesem Eisklotz kollidiert ist.

Diese BPG, wie Sie sie uns heute, Regierungsrat Kaspar Sutter, schönreden wollen, wird seit Jahren schlecht geführt. Das ist ein jahrelanges Missmanagement und ich weiss auch, weshalb Beda Baumgartner so emotional geworden ist. Sein Regierungsrat ist nicht nur Kaspar Sutter, schon sein Vorgänger ist seit über 20 Jahren dafür verantwortlich, dass wir Pleiten, Pech und andere Havarien mit der BPG hier in diesem hohen Hause zu besprechen haben. Der Titel stammt von der BZ Basel, ich habe das Copyright nicht darauf. Und das ist die Ausgangslage. Wir sprechen hier Missmanagement schön, Kaspar Sutter. Sie haben doch die Aufsicht über diesen Betrieb nicht im Griff, wenn wir seit Jahren hören müssen, dass die BPG sich neu orientieren muss, dass wir neue Herausforderungen haben. Ja, ein Schiffsbetrieb muss damit leben, dass es manchmal Hoch- oder Niederwasser hat. Das gehört dazu, das ist das unternehmerische Risiko, das auch Franz-Xaver Leonhardt mit seiner Terrasse teilt. Wenn es schönes Wetter ist, ist sie voll, und wenn es wie jetzt drei Monate regnet, dann ist diese Terrasse meistens leer. Damit muss er umgehen können. Wir können doch jetzt nicht so tun, als wären diese Situationen neu.

Beda Baumgartner, ich bin bei Ihnen, ich nenne die Verantwortlichen beim Namen. Die Verantwortung dafür liegt bei der operativen Geschäftsleitung, die ist 14 Jahre im Amt, sie liegt beim Verwaltungsrat, aber sie liegt eben auch beim zuständigen Regierungsrat, der es unterlassen hat, der BPG Beine zu machen. Und das hat jetzt zur Folge, dass wir den Staatsbeitrag gemäss Antrag des Regierungsrates beinahe verdoppeln sollen. Ja, meine Damen und Herren, wer gibt einem maroden Unternehmen einen doppelten Staatsbeitrag, das müssen Sie mir einmal erklären.

Und Luca Urgese hat es richtig ausgeführt, da werden mit Zahlen hantiert, die nie und nimmer aufgehen können. Man macht einen Businessplan und sieht keine Erhöhung des Personalaufwandes in den nächsten zehn Jahren vor. Ja, wo gibt es denn so etwas? Gleichzeitig haben wir vom Kommissionsprecher der Minderheit gehört, dass diverse Aufträge, die im letzten Bericht formuliert waren, nicht ausgeführt worden sind. Wo war hier die Aufsicht? Gleichzeitig hören wir, dass wir eine Teuerung von 4 Prozent den Angestellten gewährt haben, obschon die Teuerung ja niemals bei 4 Prozent war und wir vorher Jahre lang eine Minusteuerung hatten. Also auch da müssen Sie mir einmal erklären, wo denn die Aufsicht war über dieses Unternehmen, das wir heute mit einem fast doppelten Staatsbeitrag zusätzlich alimentieren wollen.

Und wenn Sie dann den Ratschlag des Regierungsrates lesen und über diesen betrieblichen Mehrbedarf für die Jahre 2024 bis 2028, dann muss ich schon bei der Aufwandposition 1 lachen. Die neuen digitalen und medialen Möglichkeiten im Internet werden auch für die BPG als neuer Vertriebskanal immer wichtiger. Immer wichtiger als neuer Vertriebskanal. Meine Damen und Herren, das Internet gibt es nun auch schon zwei, drei Tage und ich gehe davon aus, dass auch die BPG weiss, dass sich das Internet in der Zwischenzeit durchgesetzt hat. Also Sie können doch nicht davon sprechen, dass das jetzt zur strategischen Neuausrichtung der BPG gehören kann, dass man die neuen digitalen Möglichkeiten als Vertriebskanal nutzt. Also bitte sehr.

Wenn Sie dann noch behaupten, es sei wichtig für den Tourismusstandort Basel, ich bin da bei Ihnen, nur wenn Sie mit der Tourismusbranche sprechen, dann werden Sie feststellen, dass die BPG im Tourismussektor in Basel keineswegs verankert ist. Sprechen Sie doch einmal mit Basel Tourismus, ich finde, die Schnittstelle zu Basel Tourismus ist mehr als dürftig. Probieren Sie einmal ein Ticket zu kaufen, dann gute Nacht.

Ich glaube, es kann niemand in diesem hohen Hause bestreiten, dass es eine starke BPG brauchen würde, deshalb kann ich mich auch dem Minderheitenantrag von Franz-Xaver Leonhardt nun anschliessen, auch wenn ich finde, wir sind jetzt noch einmal etwas grosszügig. Aber so zu tun, als wären wir auf gutem Kurs, obschon wir wissen, dass sie unten bereits die nassen Füsse haben, das finde ich nun also wirklich sehr schwierig. Hier erwarte ich von Regierungsrat Kaspar Sutter, dass es einer Aufsichtspflicht in den nächsten Jahren etwas mehr nachkommt und schaut, dass bei dieser BPG endlich Ordnung herrscht. So kann es nicht weitergehen, sonst stehen wir in zwei Jahren wieder am genau gleichen Punkt und ich garantiere Franz-Xaver Leonhardt, ich bin schon etwas länger in diesem Parlament wie Sie, das ist keine Kritik an Ihnen, ich garantiere Ihnen, wir werden diese Diskussion in genau gleichem Umfang in zwei Jahren dann wieder führen und die Versprechungen werden keine anderen sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Redner ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich bin erschlagen vom ersten Votum von Beda Baumgartner und jetzt auch noch von Joël Thüring. Beide haben super geredet, beide haben auf ihre Art natürlich auch total recht und haben auch extrem viel Emotionen hineingebracht. Es war irrsinnig zum Zuhören und am tollsten wäre es gewesen, wenn sie eigentlich hier von Anfang an das miteinander ausgejasst hätten, dann müssten wir hier drinnen gar nicht jetzt so lange debattieren.

Was ich versucht habe in den letzten zwei Tagen, ist, genau die zwei Lager, die so extrem gut argumentieren und auch alle recht haben, irgendwie trotzdem zusammenzubringen, weil so in den Extremen zu bleiben, das kann ja nicht funktionieren. Auf der einen Seite spürt man natürlich, dass die Minderheit sagt, wir fragen hier immer nach, wir bekommen nie eine vernünftige Antwort, wir haben vor vier Jahren, vor sechs Jahren, vor 12 Jahren, vor keine Ahnung, wie lange da die Regierungsräte vorher dort gesessen sind, und wir haben nie richtige Antworten bekommen von dieser Geschäftsleitung. Das ist das eine.

Jetzt fühlen sie sich ein bisschen betupft und sagen, ja nein, so geht es nicht, wir schauen genau hin und da schauen wir jetzt ganz genau hin. Und die anderen sagen, ja nein, das müssen wir haben, wer ist denn schon gegen diese Boote, wir wollen diese Boote haben in Basel und da ist eigentlich für uns fast alles recht, die arbeiten schon gut, die haben es halt auch schwer und dann das Hochwasser und dann haben sie zu wenig Wasser und dann haben sie zu viele Leute und dann haben sie wieder zu wenig Leute. Und dann sagen die anderen wieder, ja, aber das muss man halt budgetieren.

Das geht die ganze Zeit hin und her und irgendwo ist es einfach nie vernünftig. Und vernünftig ist jetzt das, und da hatte ich eben das Gefühl, das sei eine super Idee, man gibt jetzt zwar, man beisst nochmal in den sauren Apfel, man gibt da nochmal das Geld, das auch wirklich neu gefordert wird, aber nicht für fünf Jahre, sondern für zwei Jahre. Aber nein, da wollte auch niemand mitmachen und so hat es halt das ergeben, dass das hin und her und nochmal zurück ist und am Schluss haben wir den Vorschlag Leonhardt.

Und jetzt stehen wir hier und wissen eigentlich nicht mehr recht, was eigentlich gescheit ist, weil in letzter Konsequenz müssen wir doch einfach checken. Da kann die WAK offensichtlich in einen Betrieb hineinschauen, der so irgendwie ein Staatsbetrieb ist, aber doch halt irgendwie nicht einen Ganzen, darum können wir ja hineinschauen. Wir sehen nicht in eine Verwaltung hinein im Finanzdepartement, ob die jetzt extrem effizient arbeiten und die besten Chefs haben, dort können wir einfach gar nicht hinschauen. Aber hier können wir jetzt alle unternehmerischen Qualitäten einbringen und die Excel-Tabelle hervorzupfen und jetzt natürlich immer sagen, das sind alles «Läugeli». Ich glaube nicht daran, dass es «Läugeli» sind, die haben auch probiert, das auf Kurs zu bringen und haben wirklich alles gegeben, damit es funktioniert.

Aber jetzt stehen wir hier und jetzt hoffe ich einfach, dass wir eine vernünftige Mitte finden und das wäre jetzt der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt und ich würde wahnsinnig bevorzugen, wenn wir den alle unterstützen könnten, damit alle irgendwo die Kirche im Dorf haben und weiterarbeiten können, aber trotzdem nicht für alle Zeiten wieder gebunden sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich spreche nur, weil mich Beda Baumgartner der Unseriosität bezichtigt hat. Ich habe durchaus ein emotionales Verhältnis zu unserer Schifffahrt am Rhein. Ich bin zwar noch nie Eisbergen begegnet, aber ich durfte irgend mal in den 70er-Jahren in der letzten Etappe von Holland bis nach Basel ein Schiff mitbegleiten der damaligen Flotte der Basler Personenschifffahrtsgesellschaft und ich konnte familiär ein bisschen die Geschichte dieser Gesellschaft verfolgen. Nicht das Erlebnis auf dem Rhein, aber das Setup dieser Gesellschaft, ihre Führung ist eine Unglücksgeschichte. Irgendwo wurde berichtet, wie oft Polizeikommandanten gehen mussten in den letzten 20 Jahren, das können Sie fortschreiben für die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft für etwa 50 Jahre. Da ist irgendwo in der Ausstellung der Wurm drin.

Jetzt mache ich allen Linken eine Freude, ich meine, das ist eine hundertprozentige Beteiligung unseres Kantons, es ist ein faktischer Monopolbetrieb. Wir müssen es haben, wir wissen, wir verdienen da kein Geld damit, die Schiffe laufen nicht über die Rechnung dieser Gesellschaft und wenn man hier schaut im Handelsregisterauszug, wie viele tolle Leute sich da im Verwaltungsrat versucht haben über die letzten zehn, 20, 30 Jahre, alles tolle Leute, aber es hat immer nicht geklappt. Es ist nicht heute Zeit, aber ich wäre hier radikal. Wir haben Verkehrsbetriebe zu 100 Prozent im Eigentum unseres Kantons. Ich würde die Basler Personsschifffahrtsgesellschaft als Abteilung der BVB sehen, da müssten wir uns auch nicht mit den Details der Kostenträgerrechnung unserer Rheinschifffahrt beschäftigen. Das ist eine faktische Staatsaufgabe, kann nicht anders gemacht werden und da jetzt ein Pseudo-Verwaltungsrat wieder installieren mit tollen Ideen, wir werden in fünf oder zehn Jahren wieder weiter so sein.

Aber ich kann Franz-Xaver Leonhardt beruhigen, ich werde ihm hier auch folgen und hier ist er pragmatischer als in seiner Bodenpolitik.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit gehen wir in der Eintretensdebatte zurück zu Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für Ihre engagierte Diskussion. Sie zeigt zumindest, dass die BPG grosse Emotionen weckt, auch wenn die Wahrnehmung unterschiedlich ist in den unterschiedlichen politischen Lagern. Zuerst mal zu David Jenny, es ist kein Monopolbetrieb, die BPG steht mit ihrem Angebot in einer Konkurrenz. Es gibt andere Möglichkeiten, seine Freizeit zu verbringen, es gibt andere Möglichkeiten, seine Firmenevents zu lancieren, von dem her ist da nicht einfach ein Monopolbetrieb, der da vorhanden ist.

Eine zweite kleine Nebenbemerkung, also wenn jetzt Vaporetto hier genannt wird, dann ist das eher ein bisschen schwierig für mich. Also dort reden wir dann ganz bestimmt nicht von Kostendeckungsgraden von 87 Prozent, sondern deutlich tiefer für ein ÖV-Angebot, ehrlich gesagt, dass durch die Trams und Busse, die parallel zum Rhein fahren, schneller und preisgünstiger erbracht werden könnten. Von dem her, ich glaube, Vaporetto möchten wir nicht in die BPG integrieren.

Ich möchte ein bisschen noch abtiefen jetzt in den Antrag Leonhardt. Die erste Variante, der Antrag Leonhardt, der leider nicht mehr auf dem Tisch liegt, für den hatte ich grosse Sympathien, weil er die notwendige Finanzierung des Staatsbetrags sichergestellt hätte, die Risikosicherheit gewährleistet hätte, aber eine kürzere Zeitdauer hatte. Das wäre die sinnvolle Antwort gewesen auf Ihre Bedenken und Ihrem Kontrollwunsch. Das wäre fair gewesen.

Über was sprechen wir eigentlich hier. Sprechen wir über einen Staatsbeitrag, und das machen wir eigentlich, oder sprechen wir über einen Staatsbetrieb nach Public Corporate Governance-Richtlinien, welche Aufgaben hat da der Grosse Rat und welche Aufgabe hat der Regierungsrat? Ich weiss, es ist vermischt, weil es handelt sich hier um eine Firma, die zu 100 Prozent dem Kanton Basel-Stadt gehört und durch uns getragen wird, deshalb sehen wir hier auch eine klare Vermischung zwischen Staatsbeitrag und Public Corporate Governance-Diskussionen, was auch okay ist.

Bei Public Corporate Governance-Diskussionen, da sind die Aufgaben relativ klar. Das Management führt den Betrieb, der Verwaltungsrat definiert die Strategie, entwickelt und beaufsichtigt das Management, der Regierungsrat übernimmt die Eigentümerverantwortung gegenüber dem Betrieb und Sie als Parlament üben die Oberaufsicht aus. In der Detailtiefe, die wir hier diskutieren, sind wir weit weg von dieser Kompetenzordnung. Ich glaube, die GPK hätte da keine Freude an uns, wie wir hier die Kompetenzen verteilen bei diesem Staatsbetrieb.

Bei einem Staatsbeitrag, wir wissen, der ist heute zu tief. Sie wissen das auch, wir wissen es und trotzdem kommt jetzt ein Antrag, der daran festhalten will, ein zu tiefer Staatsbetrag. Das ist schwierig. Es hilft Joël Thüring, weil in zwei Jahren kann er wieder die gleiche polemische Rede schwingen, weil die BPG, die 500'000 werden nicht ausreichen, um ihren Betrieb, so wie er heute läuft und wie wir ihn erwarten, auszuüben. Sie wird wieder ein Kapitalverzehr vollziehen in den nächsten zwei Jahren, das wissen wir schon jetzt, das wissen auch Sie, wenn Sie dem zustimmen. Dieser Staatsbeitrag ist zu tief und deshalb werden wir in zwei Jahren auch wieder die gleiche Diskussion hier drinnen haben. Ich wollte eigentlich aus diesem ewigen immer aufschieben rauskommen, anscheinend ist mir das noch nicht ganz geglückt und das tut mir leid, das tut mir auch leid für die BPG.

Das zweite Problem ist, ohne seriöse Finanzierung dieses Staatsbeitrags, das erschwert auch sehr stark meinen Wunsch und der Wunsch des Regierungsrates, ein neuer Verwaltungsrat einzusetzen. Weil möchten Sie Verwaltungsrat werden, wo Sie in zwei Jahren erklären werden müssen, weshalb Sie jetzt jedes Jahr 500'000 Franken Defizit gemacht haben, weil der Staatsbeitrag zu tief ist? Das ist einfach keine gute Situation, um einen Verwaltungsrat neu aufzustellen. Sie belasten die BPG in der Kurzfristigkeit, Sie belasten die BPG in der Unterfinanzierung. Das ist nicht gut für dieses Unternehmen und deshalb verstehe ich diesen Antrag nicht in der Höhe.

Und das zweite, was ich nicht verstehe, ein Betrieb braucht eine gewisse Risikobereitschaft. Indem Sie jetzt ein Konzept vorlegen quasi, dass davon ausgeht, dass das Eigenkapital in den nächsten zwei Jahren wieder verbraucht wird, dann nehmen Sie dieser Firma auch die Risikomöglichkeit. Ich denke, ein Betrieb, der auf dem Markt ist, der Verantwortung trägt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der sollte auch eine gewisse Risikofähigkeit haben. Und indem Sie der BPG in den nächsten zwei Jahren diese eine Million entziehen, insgesamt mit zweimal 500'000, entziehen Sie diese Risikofähigkeit der BPG. Das ist machbar, wenn die Planung stimmt, ist einfach nicht gut und ich finde es auch nicht fair. Das heisst eigentlich auch, wäre Ihre Botschaft, die Kostendeckung muss in den nächsten Jahren nicht 87 Prozent sein, sondern 93 Prozent. Das ist auch eine Aussage, die ein bisschen mitschwingt und die schwierig ist und die kaum erreicht werden wird. Das wissen Sie und das weiss ich und deshalb, Sie sehen, habe ich Mühe mit diesem weiterhin zu tiefen Betrag.

Von dem her möchte ich Sie bitten im Namen des Regierungsrates, in dem Fall dem Regierungsrat mit seinen fünf Jahren zu folgen und der WAK-Mehrheit mit auch seinen fünf Jahren, aber eben dem richtigen Staatsbeitrag in der richtigen Höhe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Sprecher der Minderheit, Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Namens der Kommissionsminderheit danke ich Ihnen auch für diese sehr spannende, sehr lebhafte Debatte. Man hatte sehr wohl den Staatsbeitrag nur für ein Jahr fordern können. Ja, das wäre hart gewesen, es wäre aber gegangen im Wissen darum, dass man dann in sechs bis neun Monaten mit einem nächsten Antrag kommen muss. Wir wissen darum, dass der Druck dann auf der Regierung maximal gewesen wäre. Nun Sie wissen es, ich habe es Ihnen gesagt, wir sind einverstanden von der WAK-Minderheit, dass man diesen Druck etwas reduziert, aber trotzdem noch auf einem gewissen Mass belässt.

Die Zahlen einfach trotzdem nochmals ganz kurz. Wir schreiben ein Darlehen von 1,8 Millionen ab, wir sprechen zusätzliches Eigenkapital von 1,25 Millionen, das sind zusammen gut 3 Millionen, wir sprechen für zwei Jahre einen teuerungsangepassten Betriebsbeitrag von 537'000 Franken pro Jahr. Das ist kein kleines Geschäft, auch so kein kleines Geschäft und ich bin schon etwas erstaunt, dass Regierungsrat Kaspar Sutter da meint, dass das ein nicht so grosser Staatsbeitrag sei.

Zu den Fragen der Kostenträgerrechnung. Der Deckungsbeitrag 1 lässt bei diesem Geschäft keine Aussagen zu. Man muss die Vollkostenrechnung anschauen. Und ja, es mag aussergewöhnlich sein, dass eine Kommission die Kostenträgerrechnung sehen will. Das ist wahrscheinlich so, weil das Vertrauen in die Führung fehlt und warum das Vertrauen in die Führung fehlt, das hat man von praktisch allen Sprecherinnen und Sprechern heute gehört. Ich habe niemanden gehört, der gefunden hat, die Gesellschaft sei gut geführt.

Was mich hingegen sehr verwundert, das ist, dass die WAK die Vollkostenrechnung einfordern muss. Das ist Aufgabe des Verwaltungsrates. Ich bin auch Verwaltungsrat bei KMUs, ich will Vollkostenrechnungen sehen, insbesondere bei einem Betrieb, der mehrere Sparten hat und die Tatsache, dass das offensichtlich dem Verwaltungsrat egal ist, dass es das nicht gibt, ganz abgesehen von der Frage, ob das die WAK jetzt sehen will oder nicht, sehen muss oder nicht muss, das ist verwunderlich.

Einige Sprecherinnen und Sprecher haben die Unterfinanzierung erwähnt. Die Frage ist hier doch vor allem, ja, warum? Liegt es an den Strukturen, ist es eine strukturelle Unterfinanzierung oder ist die Unterfinanzierung selbstverschuldet? Ich glaube, mindestens für das 2023 wurde die Frage hinlänglich beantwortet. Ich erinnere nochmals, man hat fast 900'000 Franken mehr Verluste gemacht als budgetiert, obwohl man die budgetierten Erträge eingefahren hat. Regierungsrat Kaspar Sutter hat weiter gemeint, höhere Kosten bei der Energie und beim Personal fallen an. Ja, natürlich gibt es eine Teuerung und natürlich muss man diese Teuerung einrechnen, aber jedes Transportinstitut rechnet die Teuerung auch bei den Preisen ein. Auch bei der BVB gehen die Preise hin und wieder hoch, sogar bei der SBB gehen sie hin und wieder hoch.

Dann wurde moniert, dass die bestehenden Löhne nicht marktfähig seien, dass man hier Nachholbedarf hätte. Ja, wenn dem so gewesen wäre, dann wären die Leute wahrscheinlich im 2023 der BPG nicht scharenweise nachgelaufen. Aber wir haben ja eben gerade das Problem, dass die Personalkosten 14 Prozent angestiegen sind, weil offensichtlich zu viel Personal angestellt wurde. Also viel Personal können Sie nicht anstellen, wenn die Leute nicht bei Ihnen arbeiten wollen.

Zur Frage, ob wir damit die Firma, die Gesellschaft den bachab schicken, in den Konkurs schicken. Überhaupt nicht. Wir haben das nachgerechnet, heute Morgen auch nochmals in Anwesenheit von Spezialisten des WSU nachgerechnet. Wenn die Budgets im 2024 und 2025 erreicht werden, bleibt bis Ende 2025 der Gesellschaft mit dem Antrag Leonhardt, wie er jetzt auf dem Tisch liegt, eine Reserve über dem bestehenden Aktienkapital von knapp einer halben Million Franken. Das ist also die Risikotoleranz, die die Gesellschaft hat, eine knappe halbe Million Franken. Das ist nicht übermässig, das ist klar, aber das ist genug, um normale Risiken abfedern zu können.

Und wenn jetzt etwas ganz unvorhergesehenes passiert, wir wollen ja nicht an eine neue Covidkrise denken, aber wenn irgendein Kapitän Schettino unerwarteterweise in den Pfeiler der mittleren Brücke fährt und ein Schiff für viele Monate ausfällt zum Beispiel, ja, dann braucht es Ausnahmeregelungen, dann braucht es einen Ausnahmeantrag und bei so einem Grund versteht insbesondere die WAK-Minderheit dann auch, dass man zusätzliches Geld sprechen muss, weil so ein Szenario können sie in der Geschäftsleitung nicht vorhersehen. Hochwasser, Niedrigwasser, das gehört zum Riskmanagement, das gehört zum normalen Szenario, aber dass ein Schiff dann über viele Monate zum Beispiel ausfällt wider Erwarten, das gehört nicht zu dem, womit sie rechnen müssen.

Mit dem Antrag Leonhardt haben wir jetzt eine Lösung bis Ende 2025. Das heisst, im Verlaufe des nächsten Jahres muss die Regierung mit einem neuen Antrag kommen ab 1. Januar 2026. Wir sagen hier nichts dazu, wie der dann aussehen könnte. Wir sagen nichts dazu, wie hoch der Staatsbeitrag ab 1. Januar 2026 sein sollte. Das hängt ganz entscheidend davon ab, ob es gelingt, bis zu dem Zeitpunkt das Vertrauen in die Führung wiederherzustellen. Wir haben es vorhin gehört, es soll ein neuer Verwaltungsrat gewählt werden. Das ist toll, das ist ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Ich traue es diesem zu, dass er die Voraussetzung schafft, dass zumindest in der WAK, wahrscheinlich auch im ganzen Grossen Rat oder fast ganzen Grossen Rat, wieder Vertrauen in diese Gesellschaft hergestellt wird.

Wenn Sie also jetzt diesem Antrag Leonhardt zustimmen, dann schaffen Sie die Voraussetzung, dass die Gesellschaft überlebt. Nochmals, das wollen wir alle in der WAK-Minderheit. Sie schaffen gleichzeitig aber die Voraussetzung, dass

innerhalb der nächsten 12 bis 18 Monate die Führung neu aufgestellt werden muss. Ich sage sicher nicht, diese Person muss weg oder diese Person muss eine Schulung machen, wer in der Geschäftsleitung rechnen kann, das ist mir egal, was aber die WAK-Minderheit verlangt, ist, dass jemand in der Geschäftsleitung rechnen kann. Sie schaffen also die Voraussetzung, dass wir diese Firma in den Griff bekommen, Sie schaffen die Voraussetzung, dass man bis in einem Jahr das Vertrauen in die Gesellschaft wiederherstellen kann und dass man danach auf einer ganz neuen Basis über vernünftige Finanzierungen, über vernünftige Staatsbeiträge diskutieren und beschliessen kann.

In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen der Kommissionsminderheit für die Unterstützung des Antrags Leonhardt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod annehmen? Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Lorenz Amiet, ich habe Ihren beiden Reden aufmerksam zugehört. Eines verstehe ich in der Argumentation nicht ganz. Was macht Sie so zuversichtlich, dass jetzt Preiserhöhungen bei den Tickets zu einem höheren Kostendeckungsgrad führen? Was führt zu dieser Annahme?

Lorenz Amiet (SVP): Hinsichtlich Preiserhöhungen habe ich nur gesagt, es gehört zum kaufmännischen kleinen Einmaleins, dass man sie der Teuerung anpasst. Ansonsten habe ich die Kosten und nicht die Preise kritisiert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Eintretensdebatte schliessen wir ab mit Kommissionssprecher Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Lassen Sie mich jetzt eine andere Metapher, die nicht aus der Schiffswelt und der Seefahrt ist, sondern die auch heute von der Sprecherin der LDP verwendet wurde, benutzen, um Ihnen unsere Sicht darzubringen. Es wurde davon gesprochen, dass man die BPG nicht an der langen Leine halten soll, sondern dass man es mehr zu sich nehmen muss und ich glaube, wenn Sie jetzt dem Antrag der Minderheit zustimmen, dann ist das eben nicht das, sondern Sie fesseln die BPG in dieser Situation, in der sie sich heute befindet, und es wird tatsächlich so sein, dass wir in zwei Jahren die gleiche Diskussion nochmals führen.

Die WAK hat zu Recht gefordert, dass die BPG einen Strategieprozess macht. Sie hat das während der Coronapandemie eingefordert, moniert. Da kann man dann sich darüber streiten, aber dass grundsätzlich die BPG eine Strategie definieren musste, das war sicher richtig und das hat sie auch jetzt gemacht. Das ist ja genau das, was sie gemacht hat. Sie hat sich überlegt, wie können wir diese Gesellschaft aufstellen, damit sie in Zukunft in bessere Gewässer kommt. Und dafür braucht sie ebendiese Erhöhung des Staatsbeitrags.

Dann kann man sagen, okay, wir haben kein Vertrauen, dass diese Strategie von der jetzigen Führung umgesetzt wird. Man kann sagen, wir wollen hier die Leine kürzer halten und der Verwaltungsrat, der wird ja neu besetzt, das reicht uns nicht.

Dann können wir die Fristen kürzen. Deshalb haben wir auch von unserer Seite versucht, ausserhalb der Kommission dahingehend einen Kompromiss zu finden, dass wir halt die Fristen kürzen, aber zum gleichen Beitrag, der die Umsetzung der Strategie ermöglichen würde. Leider ist das gescheitert. Der «Kompromiss», der bereits in der Kommission nicht zustande gekommen ist, ist auch ausserhalb der Kommission nicht zustande gekommen, aber es ist schön, dass die Minderheit darauf einschwenkt, dass wir nicht gerade die Existenz des Unternehmens in Frage stellen. Aber trotzdem setzen Sie mit diesem Minderheitenantrag der Gesellschaft das Messer an den Hals.

Schauen wir nochmal zurück, was ist denn die Alternative. In der Minderheit gab es verschiedene Punkte, die erfüllt werden müssen, damit man dann eine längerfristige Staatsvertragsperiode sprechen kann, die vierjährige normale. Und wenn wir das genau anschauen, dann ist eben die Alternative, dass am Schluss die Preise erhöht werden und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Das ist die Alternative, die wir haben, und das wollen wir nicht und darum wollen wir, dass wir jetzt bereits den Beitrag erhöhen. Ich finde es wirklich sehr schade, dass hier kein echter Kompromiss möglich wurde. Ich hoffe, dass das nach den Wahlen wieder vermehrt möglich ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Ausgaben

Alinea 1 bis 2. Hier lagen zwei Änderungsanträge vor. Jetzt muss ich fragen, ob jemand am zurückgezogenen Antrag der Kommissionsminderheit festhält. Das ist nicht der Fall. Damit haben wir noch einen Änderungsantrag, und zwar den genannten von Franz-Xaver Leonhardt. Auch dieser liegt Ihnen vor.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Möchte der Antragsteller nochmals begründen? Er verzichtet. Kommissionssprecher Pascal Pfister und Lorenz Amiet verzichten ebenfalls, Kaspar Sutter verzichtet ebenfalls. Es gibt keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung, ob Sie dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zustimmen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003798, 27.06.24 17:58:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 47 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

2. Rückzahlung Darlehen

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem bereinigten Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003800, 27.06.24 17:59:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Basler Personenschifffahrt AG (BPG) werden Ausgaben in Höhe von insgesamt Fr. 2'324'000 bewilligt. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

- Fr. 1'074'000 (inkl. MWST) als Beitrag an die Betriebskosten der BPG für die Jahre 2024 bis 2025;

- Fr. 1‘250'000 zur Erhöhung des Aktienkapitals der BPG, zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Darlehen und Beteiligungen.

2. Die Rückzahlung des Darlehens über Fr. 1'800'000 an die Basler Personenschifffahrt AG gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 27. April 2022 wird erlassen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Vielen Dank für die zwei intensiven Tage. Ich wünsche Ihnen eine wunderbare Sommerzeit.

Schluss der 24. Sitzung

17:59 Uhr